DISCOURSES ON POLITICAL REFORM AND DEMOCRATIZATION IN EAST AND SOUTHEAST ASIA IN THE LIGHT OF NEW PROCESSES OF REGIONAL COMMUNITY BUILDING

Project Discussion Paper No. 6/2001

Die Rolle der Civil Society für die Konsolidierung der Demokratie in Südkorea

Bong-Ki Kim

The project is funded by the "Deutsche Forschungsgemeinschaft" (DFG). The discussion papers published in this series are edited by Claudia Derichs and Thomas Heberer

Institut für Ostasienwissenschaften (Institute for East Asian Studies/East Asian Politics)
Gerhard-Mercator-University Duisburg
D-47048 Duisburg, Germany

Tel.: (+49) 203 379-3728 Fax: (+49) 203 379-3729 E-mail: heberer@uni-duisburg.de

> © by the author January 2001

Preface to the Paper Series

The present discussion paper series of the Institute of East Asian Studies accompanies a research project entitled *Political Discourses on Reform and Democratisation in Light of New Processes of Regional Community-Building*. The project is funded by the Deutsche Forschungsgemeinschaft and supervised by Thomas Heberer.

The central topic of interest is, as the title of the project suggests, the influence exerted on the political reform process by political discourse. The papers published in this series address the public political discussion at the national as well as the transnational, regional level. Accordingly, the papers display a variety of discourses that have emerged in different countries and centre round different political issues. Contributions from authors of the region are particularly welcome, because they reflect an authentic view of the political discussion within the local public. By integrating and encouraging the local voices, the project team intends to compile a collection of papers that document some important debates and states of the research process.

The current political discourses in East Asia are primarily analysed in case studies of two authoritarian states (China, Vietnam), a multi-ethnic, formally democratic state with strong authoritarian features (Malaysia), and a democratic state with significant parochial structures and patterns of behaviour (Japan). In addition to these case studies, contributions from and on other countries of the region are included to provide a broad scope of comparable discourses.

While Claudia Derichs and Thomas Heberer are the editors of the paper series, a project team of eight members conducts field work in East Asia and brings forth regular proceedings. Research reports other than discussion papers shall be published in refereed journals and magazines. Detailed proceedings leading to the final results of the research project will be published as a book. The project team is composed of research fellows associated with the Chair for East Asian Politics at the Gerhard Mercator University of Duisburg. The team members are: Karin Adelsberger (area: Japan); Claudia Derichs, Ph.D. (Malaysia, Japan); Lun Du, Ph.D. (China); Prof. Thomas Heberer, Ph.D. (China, Vietnam); Bong-Ki Kim, Ph.D. (South Korea); Patrick Raszelenberg (Vietnam); Nora Sausmikat (China); and Anja Senz (China).

Paper No. 1 of the series provides a detailed idea of the theoretical and methodological setting of the project. Each discussion paper of the present series can be downloaded from the university server, using the following URL: http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/Publikationen/orangereihe.html. Suggestions and comments on the papers are welcome at any time.

Duisburg, June 2000

Claudia Derichs and Thomas Heberer

Titel/Title:

Die Rolle der Civil Society für die Konsolidierung der Demokratie in Südkorea

The Role of Civil Society for the Consolidation of Democracy in South Korea

Autor/Author:

Bong-Ki Kim

Reihe/Series:

Politische Reform- und Demokratisierungsdiskurse im Lichte neuer Prozesse regionaler Gemeinschaftsbildung

Discourses on Political Reform and Democratization in East and Southeast Asia in the Light of New Processes of Regional Community-Building

Zusammenfassung/Abstract:

Die koreanische Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in der Phase des Übergangs von einer delegativen zu einer partizipatorischen Demokratie, der - nach der Wirtschaftskrise mit der Einleitung eines Demokratisierungsprozesses durch die neue Regierung - von NGOs starke Impulse verliehen wurden. Auf der Grundlage einer traditionellen Vertretung der Volksinteressen gelang es diesen Organisationen, die demokratischen Defizite in politischen Institutionen (Parteien, Parlament) öffentlich zu problematisieren und konkrete Schritte zur Behebung zu unternehmen. Auf diese Weise ermöglichte der Zusammenschluss der NGOs zu einem landesweiten Netzwerk die "Vertreibung korrupter Politiker" im Rahmen der Verfassung. Der Boden für die notwendige Transformation des restringierten binnenpolitischen Blicks zur Globalität des politischen Diskurses wurde auf den internationalen NGO-Konferenzen in Seoul und Taegu bereitet. Von Korea kann ein Impuls für andere asiatische Länder ausgehen, dem Modell einer "Demokratie von unten" zu folgen.

Schlüsselwörter/Keywords:

Civil Society, NGO, partizipartorische Demokratie, Globalisierung

Dr. Bong-Ki Kim, geboren in Taegu/Südkorea, ist zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ostasienwissenschaften der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg tätig. Promotion an der Ruhr-Universität Bochum mit dem Thema "John Dewey und China – Die Bedeutung seiner Gesellschaftstheorie für die interkulturelle Kommunikation". Weitere Publikation: "Das Problem der interkulturellen Kommunikation am Beispiel der Rezeption Deweys in China", Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, No. 19/1999.

Inhaltsverzeichnis

2. Die Idee der <i>Civil Society</i> im koreanischen Kontext	2
2.1. Das indigene Potential	4
2.2. Die Entwicklungschancen seit 1987	
3. Die NGOs und neue Bürgerbewegungen als Motor der <i>Civil</i> s	Society 9
3.1. Der Begriff der NGO	9
3.2. Die neue Bürgerbewegung	
3.3. NGOs und ihr Beitrag zur Demokratisierung	
4. Demokratische Defizite in den politischen Institutionen	14
4.1. Das chaotische Parteiensystem	15
4.2. Das dysfunktionale Parlament	16
5. Die Demokratisierung der politischen Gesellschaft	
durch die Civil Society	17
5.1. Das Wahlbündnis	
5.2. Aufgabenstellungen und Aktivitäten	
5.3. Resultate	
6. Die Reaktion der <i>Civil Society</i> auf die Globalisierung	20
6.1. Die Taegu Round	
6.2. Die Seouler Konferenz der NGOs 1999	
7. Probleme und Zukunftsperspektiven der NGOs	23
8. Literatur	25

Die Rolle der *Civil Society* für die Konsolidierung der Demokratie in Südkorea

von Bong-Ki Kim

1. Einleitung

Als einziger der vier 'Tigerstaaten' nahm Südkorea nach der Asienkrise den Notkredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch. Das Volk betrachtete dies als nationale Schande – Korea stand in Präsident Kims Worten vor "der schwersten Herausforderung seit dem Koreakrieg". Die Krise wurde nicht nur als Wirtschaftskrise, sondern auch als politische, und gesamtgesellschaftliche begriffen, die innerstaatlich gesehen auf Vetternwirtschaft, Korruption und Ineffizienz von Regierung und Unternehmen zurückzuführen sei. Auf internationaler Ebene gehörten die ungeeignete Reaktion des Staates auf die Globalisierung und die international operierenden Spekulanten zu den Krisenursachen.

Die Wirtschaftskrise verlieh der koreanischen Gesellschaft einen neuen Demokratisierungsschub. 50 Jahre nach der Gründung der Republik fand zum ersten Mal in der koreanischen Geschichte ein friedlicher Wechsel von einer regierenden Partei in die Rolle der Opposition statt. Die neue Regierung legte ihre Reform- und Zukunftsentwürfe in den sogenannten "DJ-Nomics" ² mit dem Ziel der "Zweiten Nationsgründung" vor. Durch die sofortige Strukturreform sollten die "bubbles" beseitigt und eine kleine aber effiziente Regierung, ein gesundes und wettbewerbsfähiges Finanzwesen und transparente und starke Unternehmen sowie ein flexibler Arbeitsmarkt geschaffen werden. Ziel der parallelen Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft war der Aufbau einer gerechten und produktiven Wohlfahrtsgemeinschaft.

Ende 1997 stand die koreanische Demokratie vor einer großen Herausforderung, die indessen auch als Chance verstanden wurde. Zwar gab es einen externen Druck seitens des IWF, aber die Einsicht der Öffentlichkeit in die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Reform gab der neuen Regierung einen größeren innenpolitischen Spielraum zur Durchführung ihrer Reformprogramme. Nach der ersten Hälfte der Regierungszeit scheint die Wirtschaftskrise zumindest von der Statistik her überwunden zu sein, jedoch mit gravierenden Folgen wie Massenarbeitslosigkeit, wachsenden Verteilungsdisparitäten und Klassenkonflikten. Der liberalisierte Finanz- und Arbeitsmarkt stellt zugleich eine Bedrohung für die junge koreanische Demokratie dar. Die unvollendete politische Reform der vorherigen Zivilregierung wurde erneut verschoben. Die stark von Klientelismus und Regionalismus geprägten Parteien spielten eine zu schwache Vermittlerrolle, als dass sie die gesellschaftlichen Probleme hätten

* Im Text sowie bei der Wiedergabe koreanischer Titel steht der Familienname immer voran.

¹ Kim Dae-Jung (1998).

² MOFE/KDI (09.1998), *DJnomics. Kukmin-kwa hamkke naeil-ul yonda*, Seoul. Nach 6 Monaten erschien die ausführliche englische Fassung, *DJnomics*.

politisch erfassen und lösen können. Um dieses politische Vakuum zu füllen, sind viele neue Organisationen (NGOs, *Simindanch'e*) und neue Bewegungen (*Siminundong*) in der koreanischen *Civil Society* (*Siminsahoe*) entstanden. Die NGOs bieten nicht nur Serviceprogramme an, sondern üben auch Kritik und Druck auf die Regierung und die wirtschaftlichen Konglomerate (*chaebol*) aus. Sie wirken als Gegengewicht zur politischen und ökonomischen Gesellschaft. In den koreanischen Medien wurden NGOs als fünfte Macht neben Legislative, Exekutive, Judikative und Medien bezeichnet. Das 21. Jahrhundert wurde auch Zeitalter der NGOs genannt.³

Im Folgenden möchte ich zunächst die Diskussion über das Zivilgesellschaftskonzept in Korea in den 90er Jahren skizzieren, um ein grundlegendes Verständnis der koreanischen *Civil Society* zu ermöglichen. Anschlie ßend werden die Charakteristika der *Civil Society* und NGOs im Hinblick auf die demokratische Entwicklung dargestellt. Den Schwerpunkt des Beitrags bilden die Analyse der Probleme der koreanischen Demokratie und die Untersuchung der Rolle der *Civil Society*, insbesondere der NGOs, für die Konsolidierung der Demokratie und gegen eine unkontrollierte Globalisierung. Im letzten Abschnitt wird nach den Zukunftsperspektiven der koreanischen *Civil Society* im Hinblick auf die weitere demokratische Entwicklung gefragt.

2. Die Idee der Civil Society im koreanischen Kontext

Der Diskurs über die *Civil Society* in Korea wurde Ende der 80er Jahre durch welt- und innenpolitische Veränderungen in Gang gesetzt. Weltpolitisch gesehen waren die Demokratisierungswelle der "Dritten Welt", der Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa und die "Neuen Sozialen Bewegungen" in den westlichen Ländern für die Auseinandersetzung mit den Zivilgesellschaftstheorien verantwortlich. Innenpolitisch betrachtet stellte die Bürgerbewegung vom Juni 1987 einen Wendepunkt vom Autoritarismus zur Demokratie dar. Die politische Öffnung und die veränderte gesellschaftliche Situation führten zur Bildung zahlreicher neuartiger Organisationen und Bewegungen. Vor allem gewann die koreanische *Civil Society* nach der Wirtschaftskrise für die gesamtgesellschaftliche Reform an Bedeutung und Kraft.

Im Bemühen diese wichtigen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen erklären zu wollen, griffen die Intellektuellen Anfang der 90er Jahre die Diskussion über die Civil Society auf. Bis Mitte jenes Jahrzehnts ging es um die kritische Rezeption der westlichen Theorien,⁴ in deren Mittelpunkt die Fragen standen, ob das Konzept der Civil Society überhaupt nützlich sei, ob westliche Theorien auf die koreanische Gesellschaft übertragbar seien, wenn nicht, inwieweit sie modifiziert werden müssten, um den

³ Park Chung-Chul (1998); Cho Hee-Yon (1999); Chong Jong-Oh (1999); Suh Yong-Ah (2000).

In der innerkoreanischen Diskussion über die Civil Society, ihre Rezeption und ihre Rolle in der Demokratie sind fünf große Argumentationsstränge zu unterscheiden: 1) die orthodoxe und neomarxistische Civil Society (Kim Sae-Kyun/Lee Byung-Chun/Park Hyung-Soon); 2) die modifizierte 'gramscianische Civil Society' (Yoo Pal-Moo/Kang Mun-Ku/Baek Uk-In/Choi Jang-Jib); 3) die liberale Civil Society in Anlehnung an John Keane und David Held (Kim Sung-Kook/Han Wan-Sang/Lee Si-Jae); 4) die Civil Society der kritischen Theorie in Anlehnung an Jürgen Habermas, Jean Cohen und Andrew Arato (Shin Kwang-Yong); 5) die 'konfuzianische Civil Society' (Cho He-In/Yoo Suk-Chun). Da der letztgenannte Punkt im westlichen Diskurs weitgehend unberücksichtigt blieb und auch vereinzelte koreanische Versuche keine nennenswerte Reaktion hervorgerufen haben, beschränke ich mich auf die Erörterung dieses Themas.

soziokulturellen Besonderheiten der koreanischen Gesellschaft zu entsprechen und, damit im Zusammenhang, ob sich in der indigenen koreanischen Tradition Ansätze einer *Civil Society* finden ließen.

Auch heute herrscht noch kein allgemeiner Konsens darüber, was die Civil Society im koreanischen Kontext zu bedeuten habe und wann sie als historisches Phänomen überhaupt entstanden sei. Selbst innerhalb der kleinen Gruppe der Essayisten im Korea Journal⁵ werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und die Anfänge der Civil Society in die Vormoderne während der Yi-Dynastie (1392-1910) bis zum Revolutionsjahr 1987 plaziert. Trotz aller Verschiedenheit sind sich die meisten Wissenschaftler in Korea darin einig, dass die Civil Society einen Raum zwischen Privatsphäre und Staat darstellt, der mit vielfältigen Organisationen und Bewegungen erfüllt ist. Diese Gruppen sind durch klassenübergreifende Mitgliedschaft und ein Mindestmaß an Autonomie gegenüber Staat und Markt gekennzeichnet. Sie sind weder an Gewinn noch an Machtergreifung orientiert, streben vielmehr nach öffentlicher Anerkennung. Ihr Ziel ist die schrittweise Erneuerung der Gesellschaft durch Einflussnahme und notfalls Druckausübung auf die Regierung und den Markt – ihre Strategien bestehen in gemeinsamen Aktionen wie legalen Demonstrationen, Kampagnen und bildungsbezogenen Veranstaltungen. Die Akteure verfügen über Rechtsbewusstsein, plädieren für wechselseitige Anerkennung und finanzielle Selbständigkeit.⁶ Der größte gemeinsame Nenner darf nicht relativiert werden, wenn sich das Partikulare einer Kultur noch sinnvoll untersuchen lassen soll.

Civil Society im oben explizierten Verständnis ist ein Amalgam aus normativen und analytischen Konzepten westlicher Theorie. Als normatives Konzept weist die Civil Society auf den Idealtypus hin, den jede Gesellschaft früher oder später erreichen sollte. Dabei wurde die Civil Society oft als ein herrschaftsfreier Raum und per se als demokratieförderliche Sphäre betrachtet. Als analytisches Konzept ist die Civil Society nicht an eine bestimmte Kultur gebunden. Sie bietet ein Minimum an Kriterien für den verschiedener Gesellschaften und ein allgemein anwendbares Instrumentarium zur Analyse einer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Im analytischen Diskurs wurden der historische Charakter der Civil Society und ihre Kontinuität in der Entwicklung weitgehend zu Gunsten des synchronen Blicks vernachlässig. Die Forderung nach stärkerer Betonung des Diachronischen bedeutet nicht, dass die Definition der Civil Society überdehnt und der synchrone transnationale Vergleich ungültig gemacht werden solle, wohl aber, dass es ohne den Rückblick auf die historischen und kulturellen Begebenheiten unmöglich ist, den wirklichen Charakter gegenwärtiger Civil Society zu verstehen.

Callahan, William A., "Comparing the Discourse of Popular Politics in Korea and China: from Civil Society to Social Movements", in: Korea Journal 38.1 (1997) 278-315; Cho, He-In, "The Historical Origin of Civil Society in Korea", Korea Journal 37.2 (1997), 24-41; Chung, Chul-Hee, "Social Movement Organizations and the June Uprising", in: Korea Journal, 37.1 (1997), 81-97; Han Sang-Jin, "The Public Sphere and Democracy in Korea: A Debate on Civil Society ", Korea Journal 37.4 (1997), 78-97; Kim Sun-Hyok, "Civil Society and Democratization in South Korea", Korea Journal 38.2 (1998), 214-236. Die Aufsätze bringen jeder für sich, teilweise auch aufeinander bezogen, einen Großteil der Problematik über die Civil Society zur Sprache.

⁶ Choe Sang-Yong (1996); Chong Soo-Bok (1999).

2.1. Das indigene Potential und die spezifischen Anforderungen

Mit der Wirtschaftskrise brach in den öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen eine Debatte um die konfuzianische Kultur aus. 7 Das Spektrum der Meinung reicht von der Identifizierung der konfuzianischen Tradition als Krisenursache (Korruption, mangelnde demokratische Kontrolle, Nepotismus usw.) bis hin zur Wertung der Krise als Verlust der traditionellen Ethik, für den der japanische Militarismus und die Wachstumspolitik während der 30jährigen Militärdiktatur verantwortlich gemacht werden.8 Obwohl es in dieser Diskussion - anders als bei den früheren Debatte um die asiatischen Werte - ernsthaft um die Suche nach Alternativen geht, lässt sich noch nicht absehen, ob es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt oder sie dauerhafte Wirkung haben wird. Zweifellos wird die gegenwärtige koreanische Gesellschaft von der konfuzianischen Philosophie mit ihren positiven und negativen Implikationen geprägt. Die Aufweichungserscheinungen, die in einigen Bereichen zu beobachten sind, wie der Verfall der traditionalen Werte, an deren Stelle - noch nicht fest verwurzelte - westliche Moralvorstellungen treten, widersprechen dem nicht. Um die gegenwärtige Civil Society mit ihren dynamischen Aktivitäten, aber auch in ihren Mängeln verstehen zu können, ist es daher notwendig, die konfuzianische Tradition etwas eingehender zu betrachten.

Unter anderem Prof. Cho He-In bestreitet die These, der Konfuzianismus habe kein Zwischenglied (*intermediary groups*) zwischen Familie und Staat hervorgebracht (mit dem daraus resultierenden Mythos vom orientalischen 'Despotismus'). Cho betont den hohen Grad an Autonomie vom Staat und als fundamentales Element einer *Civil Society* die Möglichkeit der Einflussnahme auf den Staat. In diesem Sinne konstatiert er kann eine hochentwickelte 'konfuzianische Zivilgesellschaft' in der Choson-Dynastie (1392-1910).

Danach ist die 'konfuzianische Zivilgesellschaft' durch eine relativ freie und gleiche Gemeinschaft von Literaten, eine kritische Kommunikation untereinander und durch Spannungen zwischen den Staatsbeamten und "Literaten in der Wildnis" (s *arim*) - diese Bezeichnung zielt auf eine der staatlichen Einflussnahme weitgehend entzogene Sphäre ab - geprägt. Die unter Selbstverwaltung stehende Gesellschaft von 'geistigen' Führern erfreute sich nicht nur einer hochgradigen Autonomie gegenüber dem Staat, sondern versuchte auch, dessen Politik mittels ihrer Kommunikationsnetze zu beeinflussen. Im späten 16. Jhdt. entwickelten sich unter den Literaten zwei oder drei landesweite politische Geflechte, die als Parteien (*pungdang*) bezeichnet werden können. Seit dem 17. Jhdt. kam es zwischen diesen Parteien zu Rivalitäten um die Regierungskontrolle, und damit um die nationale Politik. Obwohl die politischen Parteien nicht selbst ein Teil

-

Anders als die Chinesen und Japaner haben sich die Koreaner vor der Wirtschaftskrise nicht ernsthaft mit dem Konfuzianismus auseinandergesetzt. Den Ausgangspunkt der innerkoreanischen Debatten um die konfuzianische Kultur bildete das Buch Gongchaga chukoya naraga sanda (Konfuzius muss sterben, damit das Land lebt) von Prof. Kim Kyung-II im Mai 1999. Daraufhin schrieb Kim Ki-Hyon eine Serie von Aufsätzen in der Zeitschrift Inmul mit dem Titel "Gongchanonchaeng-ul bonkyokchokuro sichakhasa" (Lasst uns ernsthaft mit der 'Debatte um Konfuzius' beginnen).

⁸ Die Intellektuellen, die in der konfuzianischen Tradition die Wege für die Behebung der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen suchen, sind vertreten in den Zeitschriften Jontong-kwa hyondai (www.jontong.co.kr) und The Culture and Thought of East Asia (www.eastasiaculture.or.kr) sowie der wissenschaftlichen Gesellschaft Association of East Asian Social Thoughts (www.asian-thoughts.org) mit einer eigenen Zeitschrift.

der *Civil Society* waren, können sie als Katalysator für die Einflussnahme der Bevölkerung auf den Staat angesehen werden.⁹

Des weiteren wurden auf lokaler Ebene Dorfämter (hyangch'ong) errichtet und Dorfgesetze (hyangyak) erlassen, die für die lokale Verwaltung maßgebend wurden. Auf schmaler und diversifizierter Ebene entstanden Organisationen (kye) auf der Grundlage gegenseitiger Hilfe. Die in China gut entwickelten Gilden spielten in Korea allerdings keine nennenswerte Rolle. Statt dessen formierten sich in der zweiten Hälfte der Choson-Dynastie landesweit wirtschaftliche Netzwerke von Händlern. Diese Netzwerke hinterließen keine Anhäufung verstreuter Enklaven von elementaren Gruppen wie Familien, sondern schufen als Gegengewicht zum Staat einen Verbund, der seinen Kulminationspunkt in der Herausbildung politischer parteiähnlicher Gebilde erreichte.

Während der 36jährigen japanischen militärischen Okkupation (1910-1945) und der sich anschließenden 30jährigen Militärdiktatur, die die autochthone Tradition der *Civil Society* ernsthaft unterdrückte, gab es eine kleine Gruppe Intellektueller, die in mancherlei Hinsicht als Erben der Literati der Choson-Dynastie angesehen werden können - bis hin zur Wendung "in der Wildnis" (*chaeja*)¹⁰ - und die die Rolle der Gelehrten als Wächter des Volkes in der modernen Gesellschaft spielten. ¹¹

Prof. Han Sang-Jin ¹² greift den Leitgedanken Chos auf und stimmt mit diesem darin überein, dass die " *middling grassroots*" (*jungmin*) in der Moderne die idealtypische Rolle der Wildnis-Literaten (sarim) wiederbelebt haben. Der erfolgreiche Juni-Aufstand von 1987 war nicht zuletzt auf das Wirken der *middling grassroots* zurückzuführen, die - als Kerngruppe in der Leitung der *Civil Society* - die mittleren Positionen in verschiedenen Institutionen einschließlich der Massenmedien besetzt hielten und nach Hans Vorstellung in Zukunft eine neue gesellschaftliche Basis bilden sollen, die sich aus Teilen der Unterschicht und der für die Problematik sensibilisierten reformwilligen Angehörigen der Mittelschicht zusammenseze. Trotz einiger negativer Einflüsse der Orthodoxie (Konformität) und des japanischen Militarismus verfügt Korea über ein reiches Erbe demokratisch orientierter Philosophien und Traditionen, und die koreanische *Civil Society* hat, wie Han ausführt, ein eigenes Potential für Pluralismus und Solidarität ausgebildet, das aber in Zukunft zu weiterer Entfaltung gebracht werden müsse. ¹³

In seiner Auseinandersetzung mit dem Ex-Premierminister von Singapur Lee Kuan-Yew in *Foreign Affairs* argumentiert Kim Dae-Jung, die konfuzianische Tradition verfüge in reichem Maße über demokratische Ideen und Institutionen. Die Herrschaftsethik lehre, dass der 'Wille des Volkes' der 'Wille des Himmels' und das Volk als der Himmel zu respektieren seien. In der autochthonen religiösen Gemeinschaft der *Tonghak* sei dieser Gedanke bis zur Gleichsetzung von Mensch und Himmel fortentwickelt worden. Von dieser Idee inspiriert, habe fast eine halbe Million Bauern gegen die Ausbeutung durch

Han Sang-Jin ist Professor an der Seoul National University und amtiert seit Dezember 1998 als Präsident der Academy of Korean Studies.

5

⁹ Cho He-In (1997), S. 28-29, 31-32.

Seit der Gründung der ersten Republik (1948) wurde Chaeja (wörtlich: nicht beamtete berühmte Persönlichkeit) für die Bezeichnung der Dissidenten angewendet.

¹¹ Cho He-In(1997), S. 36-38.

¹³ Han Sang-Jin (1997), S. 78-97; derselbe (1999), S. 146-172.

feudalistische und imperialistische Mächte gekämpft. Die konfuzianischen Literaten wurden gelehrt, ihre oberste Pflicht bestehe in der Verhinderung der Machtfülle oder von zu starkem Machtzuwachs sowohl innerhalb der Bürokratie als auch des Königs selbst. Der Unterschied zwischen Ost und West besteht nach Kim darin, dass Letzterer früher das effektive und allgemeine Wahlsystem institutionalisiert habe. 14

Die hier skizzierte 'konfuzianische *Civil Society*' in einer vormodernen Agrargesellschaft kann nicht mit der heutigen *Civil Society* gleichsetzt werden. Der Diskurs des Konfuzianismus blieb lange Zeit auf einen kleinen Kreis von Intellektuellen beschränkt, und vernachlässigte beispielsweise die Thematisierung der Menschenrechtsfrage. Trotzdem übten die intellektuellen Gemeinschaften enormen Einfluss auf die Gesellschaft und den Staat aus. Gerade diese Tradition zeichnet sich in der Geschichte der koreanischen *Civil Society* und den sozialen Bewegungen durch eine Kontinuität bis in die Gegenwart aus.

Lee Shin-Haeng kennzeichnet die koreanische Sozial- und Bürgerbewegung als von einer kleinen Gruppe Intellektueller getragene, nichtsdestoweniger klassenübergreifende Bewegung mit Reformcharakter, die in Korea die Rolle übernommen habe, die die bürgerliche- und die Arbeiterklasse für soziale Bewegungen und Öffentlichkeitsbildung Westen gespielt hätten. Die Teilbewegung der Intellektuellen hat klassenübergreifenden und reformerischen Charakter. Die Tradition der konfuzianisch gebildeten Gelehrten (sonbi) prägte lange Zeit die Gestaltung der Arbeiter-, Studentenund Bürgerbewegung sowie der NGOs (CCEJ, PSPD, KFEM). Beispiele sind die Tongniphyobhoe (Independence Association 1896)/ Manmingongdonghoe (Citizens Assembly), März-Unabhängigkeitsbewegung (1919), Singanhoe (1927). Studentenbewegung (1960), Juni-Demokratiebewegung (1987) oder das April-Wahlbündnis (2000). 15 Die These von 'einem starken Staat und einer schwachen Civil Society' kann im Falle Koreas allenfalls als Halbwahrheit gelten, weil sich immerhin eine Tradition sozialer Bewegungen nachweisen lässt, die mit der Zeit mehr und mehr an Kraft und Breite zunahmen und in erheblichem Maße bei den politischen Veränderungen in Korea mitwirkten.

2.2. Die Entwicklungschancen seit 1987

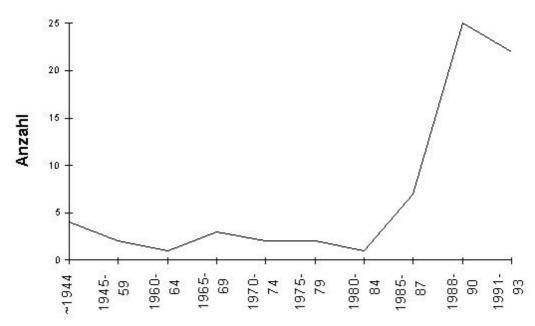
Die koreanische *Civil Society* entwickelte sich allmählich auf einem schmalen Weg parallel zur sozioökonomischen Modernisierung. Sie wuchs mit der Entstehung von unabhängigen Organisationen, die das Volk vor fremden Angriffen und staatlicher Macht schützten und die autoritäre Herrschaft demokratisierten. Während der japanischen Kolonialherrschaft und der Militärdiktatur von Park Chung-Hee und Chun Doo-Han wurden diese Organisationen stark unterdrückt. Erst durch die "Erklärung für die Demokratisierung" am 29. Juni 1987 wurden die politische Opposition toleriert, die Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit garantiert und die Autonomie und Selbstverwaltung gestärkt. Mit der Schaffung der juristischen und politischen Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Bewegungen und Organisationen wuchs die Zahl der Organisationen sprunghaft an, wie auch Abbildung 1 zeigt.

6

¹⁴ Kim Dae-Jung (1994), S. 191-192.

¹⁵ Lee Shin-Haeng (2000) S. 30-42.

Abbildung 1 Gründung von Civil Society Organizations im Jahr



Quelle: Institute for Population and Development Studies of Seoul National University, A Study of Way to Active Civic Organizations, 1993, S. 7.

Weiterhin sorgte der Zusammenbruch der osteuropäischen Länder für eine Umorientierung der herkömmlichen Organisationen. Der Weg der Erneuerung der Gesellschaft basiert nicht mehr auf den Ideen von Revolution und Klassenkampf, sondern auf der schrittweisen Reform auf der Grundlage rationaler Vorschläge. Das gewachsene Bedürfnis der Bevölkerung nach besserer Lebensqualität, die negativen Folgen der schnellen Industrialisierung und das Misstrauen der Bürger gegenüber der politischen Macht führten zur Neugründung zahlreicher Organisationen NGOs), an denen die Medien großes Interesse zeigten und über deren Aktivitäten sie zum Teil auf gesonderten Seiten berichteten. ¹⁶ Nicht zuletzt haben der Globalisierungsprozess und die Möglichkeiten der grenzenlosen Kommunikation über das Internet die Entwicklung der *Civil Society* erheblich beschleunigt. ¹⁷

Laut dem "Directory der koreanischen Civil Society Organizations 1997" gab es 1996 etwa 9.400 Organisationen einschließlich der regionalen Büros, das "Directory der koreanischen Civil Society Organizations 2000" hat mehr als 20.000 Organisationen ausfindig gemacht. Innerhalb von zwei Jahren verdoppelte sich die Zahl der Civil Society Organizationen. Vor den 60er Jahren entstanden 5,7%, in den 60er Jahren 7,2%, in den 70er Jahren 9,6%, in den den 80er Jahren 21,6% und in den 90er Jahren 56,5%.

Wenn man mit dem Wort "Simindanch'e" (NGOs) bei der Korea Press Foundation (www.kinds.or.kr) nach der Webseite sucht, werden über 9,000 Berichte im ersten Halbjahr 99 sichtbar.

¹⁷ Ende Mai 2000 wurden 15,3 Mio. Internetbenutzer gezählt. Landesweit gibt es 15.000 PC-Hallen, die einen schnellen Zugang preiswert - 1 \$ pro Stunde - anbieten und den Jugendlichen als Treffpunkt dienen. In: Dongailbo, 20.07.2000.

Nahezu 80% der Organisationen entstanden also in den 80er und 90er Jahren.

18 Das bedeutet, dass die Entwicklung der autonomen *Civil Society* und die räumliche Ausweitung der sozialen Bewegungen sich im Zuge der Demokratisierung nach Ende der Unterdrückung durch die autoritären Militärregierungen beschleunigt hat.

In der Regel bestehen NGOs aus folgenden drei Gesellschaftsgruppen: den normalen Mitgliedern als Beitragszahlern, den ständigen Angestellten als Geschäftsführern und Fachleuten als 'thinktanks'. Auffällig ist die Dominanz der Organisationen mit 2-10 ständigen Angestellten (70,5 % lt. Directory 2000), die für die Effektivität der NGOs von besonderer Bedeutung sind. Fast 70% der Organisationen verfügen über einen Finanzumfang von 10 Mill. - 1 Mrd.Wòn. Hier ein Beispiel für die Finanzierung einer Organisation am Beispiel der PSPD im Jahr 1999: Beitragszahler (48.1%), über Geschäftstätigkeiten (35%), Spenden/Unterstützung (9,5%) Sonstiges (7,3%). Personalkosten (40,6%), Aufwendungen (41,4%) und Sonstiges (18,2%). 19

Die Betätigungsfelder der *Civil Society* Organizationen reichen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit, Umwelt- und Verbraucherschutz über Wohlfahrt, Schutz der Frauen, der Kinder und der ausländischen Arbeiter, Erziehungsreform, Verkehrssicherheit, umweltfreundliche Landwirtschaft bis hin zur Kontrolle von Parlament, Regierung und den Konglomeraten, der internationalen Kommunikation usw.²⁰

Neben dem zahlenmäßigen Anwachsen der Organisationen und der Ausweitung ihrer Aktivitäten sind die horizontalen und vertikalen Zusammenschlüsse von Organisationen in Netzwerken ein spezifisches Merkmal. Es vereinigen sich Civil Society Oraganizationen, die sich inhaltlich mit gleichen Themen beschäftigen. Zugleich finden Zusammenschlüsse statt, die unabhängig von der thematischen Ausrichtung die nationale Bündelung des zivilgesellschaftlichen Engagements erreichen wollen. Partizipation und Solidarität sind lebenswichtig für das Fortleben der Civil Society Orgnisationen. Bei der vom starken Staat eingeleiteten raschen Industrialisierung und der sich anschließenden kurzen politischen Demokratisierungsphase wachsen viele heterogene Organisationen zu einer Koalition zusammen.

Beispielsweise vereinigten sich im April 1993 mehr als 40 kooperierende Umweltschutzorganisationen verstärkter Kooperation zur KFEM (*Korea Federation for Environmental Movement*), die 1999 31.000 Mitglieder und 163 ständige Angestellte zählte. Das bekannteste und bedeutendste Ereignis im Hinblick auf die Entstehung nationaler Netzwerke ist die Gründung der KCCM (*Korean Coalition of Citizens' Movement, Hanguk simindanch'e hyobuihoe*) im Jahr 1994 durch 36 Organisationen, die auf den unterschiedlichsten Gebieten tätig sind. Durch Forcierung des Austausches, der Zusammenarbeit und der Solidarität soll die Autonomie der *Civil Society* Organizationen gewahrt, die Einflussnahme erweitert und die partizipatorische Demokratie gefördert werden.

¹⁸ Cho Hee-Yon (2000).

¹⁹ Kim Yong-Min (2000), S. 58.

²⁰ Hanguksiminsahoe hyobuihoe (KCCM) (2000).

3. Die NGOs und neue Bürgerbewegungen als Motor der Civil Society

3.1. Der Begriff der NGO

In dem *Directory 2000* werden die *Civil Society* Organizations in 11 "obere Kategorien" eingeteilt, die jeweils nach ihren Aktivitäten in mittlere Kategorie unterteilt sind. Die 11 Oberkategorien sind: *Siminsahoe (Civil Society* im allgemeinen)²¹ (25,2%), Kommunale Selbstverwaltung/Armutsbekämpfung (5,5%), Soziale Dienste (18,5%), Umwelt (7,1%), Kultur (15,8%), Erziehung/Wissenschaft (5,8%), Religion (2,7%), Interessenorganisationen der Arbeiter/Bauern/Fischer (5.4%), Wirtschaft (12,5%), Internationales (1.1%), Sonstige (0.5). Zur *Siminsahoe* gehören: 'nicht thematisch spezialisierte Organisationen' (31,3%), Frauen (26,2%), Jugend/Studierende (7,6%), Recht/Verwaltung/Politik (3,4%), Menschenrechte (7.4%), Wiedervereinigung (11,4%), Konsumenten (12,9%).

Diese Kategorisierung der *Civil Society* Organizationen wirft begriffliche Fragen auf. Der Herausgeber der *Bürgerzeitung* verwendet den Terminus *Mingandanch'e* (Volksorganisationen) für die Gesamtheit der Organisationen (*Simindanch'e*) der NGOs, der Interessenverbände, der einfachen Mitgliederorganisationen in der Wirtschaft und im Religionsbereich bis hin zu Quasi-Regierungsorganisationen und macht keinen definitorischen Unterschied zwischen *Mingandanch'e* und *Simindanch'e*. Die *Mingandanch'e* können jedoch nicht einfach mit NGOs gleichgesetzt werden. Hier stellt sich die Frage, welchen Anteil *Simindanch'e* (NGOs) eigentlich an der *Mingandanch'e* haben und ob die NGOs wirklich Vertreter der *Civil Society* sind.

Das *Third Sector Institute* an der Hanyang-Universität benannte sieben Merkmale für eine NGO in engerem Sinne: 1) institutional, 2) private organisation, 3) non-profit-distributing, 4) self-governing, 5) voluntar y, 6) nonreligious, 7) nonpolitics. ²² Nach diesen Kriterien lassen sich von den obengenannten 11 Kategorien, die der lokalen Autonomie/Armutsbekämpfung (5,5%), Soziale Dienste (18,5), Umweltschutz (7,1%) den NGOs zurechnen, die 56,3% der gezählten Zivilgesellschaftsorganisationen ausmachen. Eine Subsumierung der verschiedenen Organisationen unter den Titel *NGO* ist allerdings mit Schwierigkeiten verbunden. So werden einerseits Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Berufsverbände sowie Parteien nicht zu den NGOs gezählt, andererseits gehören ihnen einige religiöse Gruppen wie YMCA, YWCA usw. an. Ein wichtiges Kriterium im koreanischen Kontext ist, ob eine Organisation sich mit der neuen Bürgerbewegung identifiziert oder nicht.

²¹ Der Neologismus Siminsahoe bedeutet in wörtlicher Übersetzung "Civil Society". Da im koreanischen Verständnis in Siminsahoe die Bedeutung von Simindanch'e (NGOs) stets mitschwingt, soll mit 'im allgemeinen' die Nicht-Spezialisierung und Vertretung des öffentlichen Interessen der Organisation zum Ausdruck gebracht werden.

²² The Third Sector Institute (2000).

3.2. Die neue Bürgerbewegung

Während das Aufkommen der neuen Bürgerbewegungen in den westlichen Ländern einen Bruch mit traditionellen Bürgerbewegungen darstellte ²³, stehen die seit 1987 neu entstandenen Bürgerbewegungen in Korea sowohl in Konkurrenz als auch in Kontinuität zu den herkömmlichen sozialen Bewegungen. Beide stehen in der Tradition der von den Intellektuellen geleiteten Bewegungen. Viele Aktivisten der alten Bewegungen sind in den neuen Bewegungen an verantwortlicher Stelle tätig. ²⁴ Die meisten Organisationen streben noch primär nach materialistischen Werten, haben stark politischen Charakter und bedienen sich hierarchischer Prinzipien. Auch von daher ist die westliche Bezeichnung *New Social Movements* für die Bürgerbewegungen der 90er Jahre in Korea unzutreffend. Gleichwohl wird diese Unterscheidung zum besseren Verständnis des politischen und gesellschaftlichen Wandels und der Verdeutlichung der Unterschiede zwischen alten und neuen Bewegungen verwendet.

Die "alte[n]" sozialen Bewegungen (*minjungundong*) standen in radikaler Opposition zum herrschenden System. Ihre Tätigkeiten waren illegal und zielten auf einen politischen Systemwechsel. "Neue" soziale Bewegungen (s *iminundong*) sind Bewegungen, die sich nach der demokratischen Öffnung nun legal und reformerisch engagieren. Sie behandeln klassenübergreifende Aspekte und haben eine bürgerliche Identität. Sie stellen den Staat oder das System selbst nicht in Frage, sondern streben nach der schrittweisen Erneuerung der Gesellschaft.

Die Unterschiede von *Minjungundong* und *Siminundong* sind in folgenden 5 Bereichen deutlich zu erkennen:

²³ Ein Vergleich von neuen sozialen Bewegungen mit frühbürgerlichen Bewegungen und Arbeiterbewegungen

Gesamtbewegung	Teilbewegung			
	Richtungsdifferenzierung	Themendifferenzierung		
Frühbürgerliche Bewegunge	Liberale vs. demokratische Bewegung	Nationale Bewegung		
Arbeiterbewegungen	Dominant Katholische vs. sozialdemokratische kommunistische vs. anarchistische Bewegung	Proletarische Frauen, Jugend- Kulturbewegung etc.		
Neue soziale Bewegungen	Zwar linke und rechte Positionen, aber nicht Grundlage der Differenzierung in Teilbewegungen	Dominant Differenzierung der Bewegung nach Themen: Ökologie, Atomenergie, Frauen, Frieder		

Quelle: Joachim Raschke (1988).

²⁴ Soh Kyong-Sok (1998).

	Minjungundong	Siminundong
Hauptträger	Arbeiter, Bauern und arme Stadtbewohner	Mittelklasse und Fachleute
Motiv	Klassenbedingtes Interesse	Klassenübergreifende Themen, z.B. Umweltschutz, Wohnen, Korruption
Ziel	Grundlegende strukturelle Änderungen/Sozialismus oder Sozialdemokratie	Sozialistischer Pluralismus oder Liberale Demokratie
Handlungsart	Illegale, radikale und militante Aktivitäten/ Massenmobilisierung/ Klassenkampf	legale Aktivitäten, schrittweise Reform Betonung von Ethik, Professionalität und alternativen Ansätzen
Solidarität	Klassenorientiert/innerstaatlich	sachorientiert/innerstaatlich oder international

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Yoo Pal-Moo (1995), 379-381/Moon Byung-Joo (1999), 318/Soh Kyong-Sok (1999), 277.

In den westlichen Ländern sind die neuen Bewegungen entstanden, nachdem die alten Bewegungen bereits Einzug in die Politik gehalten hatten, wie z.B. die *Labour Party* in Großbritannien. Dagegen haben die neuen Bewegungen in Korea einen Hegemonieanspruch in der *Civil Society* erhoben, bevor die alten Bewegung wie Arbeiter- oder Demokratiebewegung politische Einflussmöglichkeiten gewinnen konnten. Im Prozess der Liberalisierung und der Strukturreformen sind die Arbeiterklasse, die Bauern und die Armen vernachlä ssigt werden. Daher stellt die Spaltung der *Civil Society* ein Problem für die Konsolidierung der Demokratie dar, ein Faktor, der von beiden Seiten ernsthaft diskutiert wird. ²⁵ Für die Konsolidierung der koreanischen Demokratie hängt viel davon ab, ob es der Arbeiter und der Bürgerbewegung gelingt, ausreichende Ansätze für eine Solidarisierung zu finden.

3.3. NGOs und ihr Beitrag zur Demokratisierung

Seit Juni 1987 befindet sich die koreanische Politik formal und inhaltlich in einem dramatischen Wandel vom Autoritarismus zur Demokratie, nicht zuletzt dank des Wirkens der NGOs. Die koreanische *Civil Society* mit ihren zahlrreichen Organisationen und Netzwerken zeichnet sich durch eine besondere Dynamik aus. Eine

Anlässlich des 100 jährigen Jubiläums der Vierteljahresschrift ch'angchak-kwa bip'yung wurde das Thema "IMF-Sidae uri-ui kwaje-wa sekimal-ui munmyong chonhwan" (Unsere Aufgaben in der IMF-Zeit und die Transformation der Zivilisation zur Jahrhundertwende) diskutiert, wobei Prof. Lee See-Jae einen Leitartikel für die weitere Diskussionsrunde der Civil Society lieferte. Seinen Aufsatz und die folgende Diskussion von Chong Hyon-Baek und Lee Phil-Yul, siehe Lee See-Jae (1998).

institutionalisierte *Civil Society* kann in mancherlei Weise zur Konsolidierung der Demokratie beitragen.

Die Netzwerke der NGOs können die Machtausübung der gewählten Repräsentanten beobachten, kontrollieren und einschränken. Diese demokratische 'Kontrolle von unten' dient der Verstärkung von Offenheit, Verantwortlichkeit und Transparenz dieser Repräsentanten und setzt sie unter Druck, sich um das Wohl der Bürger zu kümmern. Diese NGO-Netzwerke tragen bei zur Eindämmung der Korruption unter Politikern und Bürokraten, bewerten die Leistungsfähigkeit des Parlaments und der Regierung und sorgen für die Durchführung fairer Wahlen. Sie haben ein Auge auf illegale Finanztransfers der *Chaebols* von gesunden zu kranken Tochterfirmen und haben in diesem Zusammenhang die Einführung eines firmenexternen Vorstandes vorgeschlagen. Die PSPD hat die Geschäftspraktiken der SK-Telekom und Samung-Electronics untersucht und öffentlich Kritik geübt. Seither kann von einer Neubestimmung des Verhältnisses der NGOs zur Wirtschaft, insbesondere den *Chaebols*, gesprochen werden. 27

Die NGOs artikulieren gesellschaftliche Probleme vor Ort und bieten Serviceprogramme an. In diesem Zusammenhang spielt die Lokale Agenda 21 eine wichtige Rolle, die von der UN-Konferenz f ür Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 auf der Suche nach Auswegen aus der globalen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise eingeleitet wurde. Die lokalen Verwaltungen aller Länder sollten bis 1996 in Zusammenarbeit mit Bürgern und Unternehmern Handlungspläne für eine nachhaltige Entwicklung erstellen. In Korea schlossen 53 Lokalverwaltungen von 248 bis Ende 1998 ihre Pläne ab, 79 waren noch damit befasst. Insgesamt nahmen 55% aller Verwaltungen daran teil. Lokale NGOs als Anlaufstelle der Bürger bringen ortsspezifische Probleme sowohl bei der Herstellung der Zukunftsentwürfe als auch bei der Durchführung und Bewertung ihrer Pläne zur Sprache. ²⁸ Dadurch erleichtern sie der überlasteten Regierung und den Privatproduzenten die Arbeit. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit, der 'Zweiten Nationsgründung' oder der Durchführung der Finanz- und Wirtschaftsreform wirken die NGOs als kongeniale Partner mit. Viele Umweltschutzorganisationen übernehmen Aufgaben der Umweltkontrolle, des Umweltschutzes²⁹ sowie der Sicherheitsprüfungen am Arbeitsplatz.

Die Netzwerke der NGOs lösen den vertikalen Klientelismus auf, unterbinden die Vetternwirtschaft und legen den Grundstein für neue Beziehungen unter den Bürgern. Dadurch werden soziale Bindung und soziales Vertrauen verstärkt, 'soziales Kapital'

⁻

²⁶ Beispiele dafür sind "The Anti-Corruption Network in Korea" aus 846 Organisationen im November 1999 (www.transparency.or.kr), "2000 Kukgammonitor siminyondae (Das Bündnis zur parlamentarischen Kontrolle" aus 38 Organisationen im September 2000 (www.civilnet.net) und "2000 Ch'ongsonyondae (Das Wahlbündnis)" (www.ngokorea.org).

²⁷ Chuganhanguk, 09.04.1998.

²⁸ Kim Kwang-Sik (1999), S. 185 ff.

Hervorragende Beispiele dafür sind die erfolgreichen Aktionen gegen das Staudammbauprojekt der Regierung auf dem Tong-Fluß unter der Leitung von KFEM (www.kfem.or.kr), und gegen die Entwässerung von Saemangum unter der Regie von Green Korea (www.greenkorea.org). Darüber hinaus gründeten im September 1999 27 Umwelt-NGOs die "Bürgeraktion für die Erhaltung des Greenbelt", an der in einem Monat 242 Organisationen teilnahmen. Diese NGO-Netzwerke kämpfen gegen die beabsichtige Aufhebung des Greenbelt der Regierung durch Massendemonstrationen und Verfassungsbeschwerde. In: Simin-ui sinmun 03.09.1999.

erhöht. In Interviews mit der Joogangilbo30 äußerte Francis Fukuyama, das Vertrauen der koreanischen Bürger im Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen sei geringer als in Japan, Taiwan und Hongkong, fehlendes Vertrauen zum Teil für die Wirtschaftskrise mit verantwortlich. Ohne verwandtschaftliche, schulische oder regionale Beziehungen gestaltet sich die Integration in eine Organisation oder die Zusammenarbeit in Gruppen schwierig. Beweise für das schwache Vertrauen sind nach Fukuyama der Regionalismus und das antagonistische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für einen florierenden Kapitalismus sind nicht nur schriftliche Fixierungen wie die Garantie des Privateigentums und von Verträgen sowie das Recht, sondern auch 'spontaneous sociability', nämlich 'das soziale Kapital' von besonderer Vertrauen als einen unverzichtbaren Faktor für Bedeutung. Fukuyama betont das Funktionstüchtigkeit und Erfolg im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich, wobei er die Aufmerksamkeit auf die besondere Rolle lenkt, die die Civil Society in diesem Zusammenhang spielt.

NGOs setzen sich für den Schutz der Rechte der Frauen und Minderheiten und für die Garantie eines minimalen Lebensstandards der Armen ein mit der Forderung, dies durch Gesetzgebung zu verankern. Im März 1999 haben 28 Organisationen ein 'Komitee für die Gesetzgebung zur Garantie eines minimalen Lebensstandards' gegründet. Das Parlament wurde mit einer Kundgebung der Bürgerbewegung unter Druck gesetzt, so dass im September 99 das Gesetz verabschiedet wurde.

Die *Civil Society* ist eine "Schule der D emokratie" und der Promoter der demokratischen Kultur. NGOs leiten die Bürger dazu an, demokratische Prozesse zu verfolgen: passive Bürger werden zu pa rtizipatorischen Bürgern ausgebildet, die aktiv an der gesellschaftlichen Reform und der demokratischen Entwicklung teilnehmen, indem sie Ideen einbringen und selbst Verantwortung übernehmen. Die Bürger sollen an die mit der Demokratie verbundenen Werte, wie politischer Wettbewerb, Herrschaft des Gesetzes und Mehrheitsprinzip, Toleranz, Kompromissbereitschaft, Respekt vor anderen Meinungen usw. herangeführt werden. Dadurch kann sich eine neue Art der Streitkultur entwickeln. Im Oktober 97 schlossen sich 13 NGOs zusammen und gründeten das *Forum for Civic Education in Korea*. Sie führten mehrere Workshops durch und verfassten einen Gesetzentwurf für die "Unterstützung der demokratischen Bürgerbildung" (August 99), um die institutionelle Grundlage für eine systematische und dauerhafte Bürgerbildung zu legen.³¹

Die NGOs leisten einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie, nicht zuletzt durch die Zuführung von leitenden Kräften für Parteien und Regierung, ein Faktor, der zahlreiche Vorteile mit sich bringt: ihre Sensibilität für das öffentliche Interesse, ihre Fähigkeit für Organisation und Repräsentation, ihre Popularität usw. In der Tat sind einige Führungskräfte der NGOs von Parteien und Regierung seit der Amtsübernahme durch Kim Young-Sam (1993-97) in wichtige Positionen aufgerückt. Insbesondere benötigt die Regierung von Kim Dae-Jung die Unterstützung von NGOs,

³⁰ Joongangilbo, 20.01.1998;02.25.1999.

³¹ Ausführlich hierzu siehe Kim Ki-Hyon (2000).

weil sie umfangreiche Reformprogramme durchführen muss und nicht über die Mehrheit im Parlament verfügt.³²

Eine wichtige Aufgabe der Civil Society besteht in der Bildung der öffentlichen Meinung, die zur Erhöhung der Effizienz und der Stabilisierung der Demokratie beiträgt. Allerdings kann die besondere ökonomische Krisensituation, die in der Regel zu kurzfristigen Lösungen drängt, zu einer großen Gefahr für die junge Demokratie werden, wenn institutionelle und/oder politische Ineffizienz im parlamentarischen und demokratischen System auftreten. Das sogenannte "Park Chong-Hee-Syndrom" wurde durch die Wirtschaftskrise wiederbelebt und wirkt bis heute nach.³³ In der Veränderung des politischen Bewusstseins der Bürger sehen die NGOs eine weitere Herausforderung, der sie mit dem Angebot objektiver und ausführlicher Information politischer Bildung durch Diskussionsrunden und öffentliche Vorlesungen zu begegnen versuchen. Durch gemeinsame Aktionen wird der Widerstand der Privilegierten bekämpft und der Reformplan der Regierung öffen tlich unterstützt. Die NGOs führen Meinungsumfragen unter der Bevölkerung durch und sammeln Insider-Informationen, um Defizite bei Reform und Demokratie besser beheben zu können. Wenn die Demokratie ihre Effizienz und Widerstandsfähigkeit erkennen lässt, werden die Mitglieder der Gesellschaft einsehen, dass es zur demokratischen Ordnung keine Alternative gibt. Schließlich soll die Demokratisierung nicht nur in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern in der gesamten Lebenswelt erreicht werden.

4. Demokratische Defizite in den politischen Institutionen

Seit 1987 hat die Demokratie in Korea sicherlich große institutionelle Fortschritte erzielt. Die Einführung der direkten Präsidentschaftswahl, zwei konkurrierende Parteien mit einem Koalitionspartner im Schlepptau und die wiederbelebte lokale Autonomie haben ihren Teil zur Etablierung der Demokratie beigetragen, die sich im Widerstand gegen den externen Destabilisierungsschock als einigermaßen stabil erwies. In formaler Hinsicht kann die koreanische Demokratie durchaus als stabil gelten. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass für eine funktionsfähige Demokratie auf der Ebene der politischen Institutionen nach wie vor demokratische Defizite vorhanden sind: stark von Klientelismus und Regionalismus geprägte Parteien und ein dysfunktionales Parlament.

.

Diese Anwerbung bietet den NGOs die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Regierung. Kritiker sehen aber zwei Gefahren für die NGOs: dass sie mit dem Verlust von guten Führungskräften durch Abwanderung rechnen müssen und dem fehlenden Engagement derjenigen, die – im Wartestand – die NGOs als Karriere-Sprungbrett benutzen, um bei Gelegenheit dann Positionen im Beamtenstatus

³³ Im Zeitraum von 27.10-14.11.1999 hat Wolganchosun auf ihrem Hompage (monthly.choson.com) bei den 7,854 Internetbenutzern die Frage gestellt, wer die 'repräsentativste Persönlichkeit' in Korea im 20. Jahrhundert sei. Das Ergebnis war: Park Chong-Hee (52,1%), Kim Ku (16,6%), Kim Dae-Jung (10,7%), An Chung-Kun (3,2%) Chong Chu-Yong (3,0%), Kim Yong-Sam (2,4%). Park Chong-Hee wurde durch seine Modernisierungsbemühungen und das wirtschaftliche Wachstums während seiner Amtzeit - trotz autoritärer Herrschaft - hoch bewertet. (Wolganchosun, Dezember 1999) Es wäre interessant zu beobachten, ob und wie sich diese Zahlen nach der FNP-Verleihung an Kim Dae-Jung verändert haben.

4.1. Das chaotische Parteiensystem

Die demokratische Struktur der Parteien ist schwach ausgebildet. Der charismatische 'Führer' der Partei kann alle Kadidaten für das nationale und die lokalen Parlamente bestimmen. Je nach der strategischen Kalkulation der Führer können die Parteien neu gebildet, aufgelöst oder zusammengeschlossen werden. Das führt zu häufig wechselnden Parteinamen und Parteienkonfigurationen. ³⁴ Daraus ergibt sich ein geringer Organisationsgrad und eine kaum wahrnehmbare organisatorische Autonomie auf der unteren Ebene. Die Meinungen und Urteile der Wähler finden kein Gehör und werden kaum in der Parteipol itik berücksichtigt. Von einer politischen Bildung der Bürger kann somit nicht die Rede sein.

Zum anderen sind die Parteien sehr stark vom Regionalismus geprägt. Die regionalen Antagonismen spalten die koreanische Gesellschaft mehr als jede andere ökonomische, soziale oder politische Streitfrage. ³⁵ Die Parteien wirken nicht als Agenten für die Bewältigung dieses Konflikts, sondern instrumentalisieren die vorhandenen regionalen Spannungen für eigene politische Zwecke. Dieses Phänomen zeigte sich am deutlichsten bei der Parlamentswahl im April 2000: in der Provinz *Yongnam* (Taegu/Kyongbuk, Pusan/Kyongnam) wurden 64 von 65 Kandidaten aus der oppositionellen Partei *Hannaradang* gewählt, und in der Provinz *Honam* (Kwangchu/Chunam, Chunchu/Chunbuk), der Herkunftsregion Kim Dae-Jungs, hatte die Opposition keinen Erfolg zu verzeichnen.³⁶

Der Appell an regionale Gefühl e begünstigt überdies die Wahl unfähiger und korrupter Politiker. Die Parteien unterscheiden sich weder nach ihrer parteipolitischen Ideologie noch durch Anbindung an bestimmte soziale Schichten. Sie sind nicht in der Lage, verschiedene Interessen und gesellschaftliche Konflikte (z.B. zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen, Kapital und Arbeitern, Reichen und Armen) politisch zu artikulieren und eine Vermittlerrolle zwischen Gesellschaft und Staat zu spielen. Der Einzug einer progressiven Partei ins Parlament wurde durch die konservativen Parteien mit ihrer regionalen Basis blockiert, so dass keine Änderung der Parteipolitik erfolgen konnte. Auch besitzen die Parteien ein demokratisches Defizit in ihrem Verhältnis zur Regierung. In demokratischen Systemen besteht die Funktion der Parteien darin, dass sie nicht nur gesellschaftliche Probleme politisch erfassen, sondern als Bindeglied fungieren, indem sie die Interessen der Bürger in der Politik der Regierung konkretisieren. Die koreanischen Parteien sind abhängig von der Regierung und dem Präsidenten. Bei politischen Verhandlungen zwischen regierender Partei und Regierung hat letztere immer eine dominante Stellung, so dass die Anliegen der Bürger selten der Staatspolitik berücksichtigt werden. Die regierende Partei versucht dann, die Politik der Regierung gegenüber den Bürgern zu rechtfertigen.

³⁴ Die durchschnittliche Lebensdauer einer Partei beträgt 3,8 Jahre. In: Ch'angchak-kwa bip'yong 108, Sommer 2000.

³⁵ Ausführlich zu diesem Thema siehe. Rainer Dormels (1999).

³⁶ Hankeyrehsinmun, 19.04.2000.

4.2. Das dysfunktionale Parlament

In einer stark zentralistischen Parteistruktur sind die Abgeordneten bei der Beschaffung von Informationen und Finanzmitteln auf die Zentralpartei angewiesen. Die dank der Nominierung der Partei gewählten Abgeordneten vertreten im Parlament nicht die Bürgeranliegen, sondern orientieren sich an der Strategie der Parteiführungskräfte. Das Parlament bildet weniger den Boden für politische Kämpfe als vielmehr eine Plattform für zwischenparteiliche Streitereien.³⁷

Die innere Struktur des Parlaments ist schwach ausgebildet. Die ständigen Ausschüsse sind Hauptbestandteil des Parlaments und spielen eine wichtige Rolle bei der Schwächung der Parteikräfte und bei Konfrontationen zwischen den Parteien, vor allem aber zur Steigerung der Autonomie der Abgeordneten. Dazu wirken sie als Instrument zur Sammlung von Informationen über parlamentarische Tätigkeiten. Im koreanischen Parlament werden der Vorsitzende und die Mitglieder alle zwei Jahre von der Parteiführung neu ernannt, so dass sie nicht genügend Zeit haben, sich auf einem Gebiet zu qualifizieren. Die Abgeordneten müssen sich wiederum der Parteifü hrung anbiedern, damit sie eine ihren Wünschen entsprechende Position erhalten. Das führt zu einer ausgeprägten Abhängigkeit der Abgeordneten von der Partei.

Die Hauptaufgabe der Ausschüsse besteht eigentlich darin, den Angeordneten Informationen für die Abstimmung im Parlament zur Verfügung zu stellen.. In Korea gehen fast alle Gesetzesentwürfe, die die Ausschüsse eingebracht haben, ohne Widerstand im Parlament durch. Bei dieser Sachlage bra ucht die Parteiführung nur eine kleine Gruppe in den Ausschüssen zu kontrollieren, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Entgegen der ursprünglichen Absicht dient das Ausschusssystem dazu, den Parteien noch größere Einflussmöglichkeiten auf das Parlament zu in die Hand zu geben. Die Repräsentativität und Legitimität erlassener Gesetze, mit denen die meisten Abgeordneten nichts zu tun hatten, erscheint daher stark eingeschränkt.

Auch in Bezug auf die Exekutive spielt das Parlament keine große Rolle. Insbesondere wenn eine regierende Partei die Mehrheit im Parlament bildete, konnte das Parlament die Politik und einzelne Entscheidungen der Regierung absichern. Im umgekehrten Fall war eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung praktisch unmöglich.

38 Deshalb versucht eine regierende Partei mit allen Mitteln die Abgeordneten von der Opposition oder den Unabhängigen abzuwerben. Das ist die passende Stunde der vielen sogenannten "Wandervögelpolitiker" die nach eigenem Interesse oder nach der Wiederwahlmöglichkeit ihre Parteizugehörigkeit aussuchen.

³⁷ In der 15. Parlamentsperiode (05.1996 –06.2000) herrschte im Parlament trotz zahlreicher Tagungen an 286 Tagen Leerlauf. Der Grund: um ein Unterlaufen der Immunität der Abgeordneten (sie genießen verfassungsmäßigen Schutz vor Festnahmen <u>nur während</u> der Arbeitszeit des Parlaments), die unrechtmäßige Handlungen begangen hatten, zu verhindern, wurden in den Parlamentsferien Sitzungen einer eigens für diesen Zweck gegründeten Einrichtung, dem sogenannten "Pangt'angukhoe" (Schutzparlament) anberaumt, und zwar an 164 Tagen. In: *Joongangilbo*, 29.05.2000.

³⁸ Wegen der fehlenden Kompromissbereitschaft der Opposition konnte die Regierung von Kim Dae-Jung die Nominierung des Ministerpräsidenten Kim Jong-Pil und die Verabschiedung des Ergänzungshaushalts 98 nicht durchsetzen. In: *Joongangilbo*, 26.02.98; 03.03.1998.

³⁹ Im 15. Parlament waren 85 Abgeordnete (28,4%) vertreten, die ihre Parteizugehörigkeit mehr als einmal wechselten. *Joongangilbo*, 29.05.2000.

Für ein funktionierendes Parlament ist eine gesunde Opposition eine unentbehrliche Voraussetzung. Sie bietet der Bevölkerung alternative politische Informationen und Programme und wirkt als Korrektiv bei politischem Machtmissbrauch. In Korea vermochte die Opposition bisher nicht, diese Funktionen effektiv wahrzunehmen. Unnachgiebige Konfrontationen zwischen den Oppositionsparteien und die schwache Stellung des Parlaments verhindern eine effektive Kontrolle der Regierung durch die parlamentarische Opposition.

5. Die Demokratisierung der politischen Gesellschaft durch die Zivilgesellschaft

"Ein Politiker und ein Priester sind in den Fluss Han gefallen. Wen soll man zuerst retten? Die Antwort: den Politiker. Damit der Fluss nicht so verschmutzt wird." ⁴⁰ Witze, die im Volksmund kursieren, sind kennzeichnend für Misstrauen und Unmut in der Bevölkerung gegenüber Politik und Politikern. Die Politiker und das Parlament bilden eine Hürde für den gesamten Reformprozess. ⁴¹

Auf diesem Hintergrund sahen sich einflussreiche NGOs wie CCEJ (Citizens' Coalition for Economic Justice), PSPD (People's Solidarity for Participatory Democracy), KFEM (Korea Federation for Environment Movement), Green Korea veranlasst, sich mehr mit politischen Themen zu beschäftigen und enger zusammenzuarbeiten. So entstand eine Reihe von politisch orientierten NGO-Netzwerken, wie das " Bürgerbündnis für Verwaltungsreformen" (12.97, user.chollian.net/~ccar97), das "Bürgerbündnis für politische Reformen" (09.98, www.pwk.or.kr), das "Bürgerbündnis für das Monitoring des Parlaments" (09.99, ngo02.ngokorea.org), "The Anti-Corruption Network in Korea" (11.99, www.transparency.or.kr) oder das " Bürgerbündnis für Wahlen" (01.00, www.ngokroea.org) usw.

Um Offenheit und Transparenz von Parlament und Regierung zu erhöhen, haben 40 NGOs im September 1999 das "*Bündnis für das Monitoring des Parlaments*" gegründet. In diesem Pilot-Projekt, das von NGOs initiiert war, die sich zusammengeschlosssen haben, und die Kontrolle der Parlamentarier - im Rahmen ständiger Beobachtung im Parlament und in forumartigen Befragungen – zum Ziel hat, wurde deutlich, welcher Nachholbedarf in puncto Verantworlichkeit der Abgeordneten gegenüber der

⁴⁰ *Joongangilbo*, 01.04.1999.

⁴¹ Im Februar 2000 hat die *Bürgerzeitung* die Zufriedenheit der Bevölkerung nach dem zweijährigen Reformprozess untersucht und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen.

Gebiet Grad	5	4	3	2	1	0
Finanz	8,0	47,5	29,5	10	4,5	0,5
Restrukturierung der <i>Chaebol</i> und Unternehmer	3,5	32,5	35,0	24,0	5,0	
Medien	0,0	4,0	39,9	33,5	23,5	
Regierung/ Öffentlicher Bereich	14,0	39,5	31,5	31,5	13,0	1,5
Justiz (Richter/Rechtsanwalt)	1,0	4,5	33,5	37,5	21,5	2,0
Erziehung	1,5	9,5	36,0	33,5	18,0	1,5
Politik/Politiker	0,5	6,0	29,0	34,0	29,0	1,5
Reform insgesamt	1,0	22,5	51,5	21,0	3,0	1,0

(5 - sehr gut: 4-gut; 3-befriedigend; 2-mangelhaft; 1-sehr schlecht; 0-keine Ahnung)

Quelle: Simin-ui sinmun 21.02.2000 (Hervorhebung vom Verfasser).

Gesellschaft besteht. Symptomatisch dafür war die Unernsthaftigkeit und Ignoranz der Mehrheit der Abgeordneten gegenüber den Fragestellern. Trotzdem stellt die Überwachung des Parlaments eine Wende in der parlamentarischen Geschichte Koreas dar und kann als Zeichen dafür angesehen werden, dass der Einflu ss der NGOs zugenommen hat. Es zeigte sich, dass nicht nur Fachkenntnisse, sondern auch der 'gesunde Menschenverstand' ehrlicher Bürger zu einer effektiven Waffe werden kann.

5.1. Das Wahlbündnis

Trotz der Überwachung des korrekten Wahlverlaufs und der Kontrolle des Parlaments stoßen die Bürger an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, die alte Politik zu verändern. Die kritische Stimme des Volkes sah im Parlament ein 'paralysiertes und hinkendes (Un-)Wesen'.⁴² Die alte Politik wurde zum dringlichsten Reformgegenstand, weil sie das Haupthindernis für Reformen in anderen Bereichen darstellt. Die auf dem Regionalismus basierende Cliquenpolitik, untransparente und geschlossene Parteien und Parlamentsmanagements sowie die Nominierung der Kandidaten durch monetäre und personale Beziehungen degradierten die "Rechtsinhaber" (Wähler) zu "Nichtsinhabern". So griffen im Jannuar 2000 473 NGOs aus allen Teilen des Landes zum "Selbstrettungsmittel", gründeten das "Bürgerbündnis für die Wahl 2000" und starteten die "Gegen-Kandidaten-Bewegung" anlässlich der Wahl im April 2000. ⁴³ Die Bürgersolidarität einrichtete eine eigene Homepage mit dem Titel: "Jetzt reicht es!" (www.ngokorea.org) und veröffentlichte im Internet ausführliche Informationen über die Kandidaten und den Wahlkampf.⁴⁴

5.2. Aufgabenstellungen und Aktivitäten

In einem Vier-Punkte-Programm visierte das Bündnis seine ungewöhnlichen Ziele an:

- Ausgrenzung pflichtvergessener Politiker durch Nichtnominierung für Wahlen;
- Abschaffung des § 87 des Wahlgesetzes, der die Beteiligung der Wähler im Vorfeld der Wahl einschränkt;
- Ausrufung der "Bewegung der Abrechnung mit der alten Politik" und Weckung des öffentlichen Interesses;
- Ausweitung der Bewegung auf Landesebene durch den Aufbau lokaler Praxissysteme.

Der Haupangriff bestand in der Erstellung einer Liste mit den Namen von 114 für die Wahlnominierung ungeeigneter Politiker. Dabei wurden sieben Auswahlkriterien, die auf der Grundlage von im Parlament gesammelten Materialien, aus den Medien, der Fachliteratur sowie Überwachungsberichten der NGOs aufgestellt worden waren, festgelegt:

42 "sikmulkukhoe" und "p'ahaenggukhoe" (<u>www.ngokorea.org/body2.htm</u>).

⁴³ Am Tag der Wahl (13.04.00) erreichten die beteiligten Organisationen die Zahl von 981.

⁴⁴ Die Homepage wurde insgesamt von mehr als 856.000 besucht, wobei 45.000 Besucher ihre Meinungen mitteilten.

- Korruption
- Übertretung des Wahlgesetzes
- Verstoß gegen die demokratische Verfassungsordnung sowie gegen Menschenrechte
- Mißbrauch der parlamentarischen Tätigkeit (insbes. Ausnutzung des Regionalismus)
- Haltung gegenüber Gesetzesentwürfen und politischen Programmen
- Aktivitäten, die sich gegen Parlament und Wähler richten und die Eignung als Abgeordneter in Frage stellen
- sonstige grundlegende Fakten: Vermögensregister, illegale Befreiung vom Wehrdienst

Die drei ersten Kriterien (fett) hatten bei der Bewertung Priorität.

Die Bewegung der Nichtnominierung war nach dem Wahlgesetz illegal. Durch die Forderung des Wahlbündnisses wurde zwar eine Änderung des Gesetzes bewirkt, aber Massenversammlungen und Unterschriftenaktionen blieben untersagt. Deshalb zeigten die Vertreter des Bündnisses die Parteien wegen undemokratischer Nominierung der Kandidaten sowie wegen Verstoßes gegen die Verfassung und das Parteiengesetz an. Die von dieser Aktion am meisten betroffe nen Parteien (ULD/GNP) leiteten daraus eine "Verschwörung" des Wahlbündnisses mit der Regierungspartei ab und begründeten dies mit der – an sich zutreffenden – Feststellung, die NGOs hätten von der Regierung finanzielle Unterstützung erhalten. 45 Die Parteien nahmen das Bürgerbegehren nicht ernst und stellten dennoch 46 Kandidaten von der "schwarzen Liste" auf. Hier zeigte sich in aller Deutlichkeit die Ignoranz der Parteien gegenüber den Bürgern, die dann auch entschlossen weiteren "zivilen Ungehorsam" leisteten. ⁴⁶ Daraus resultierte die "Bewegung für Nichtwahlen", die eine Liste von 86 Kandidaten erstellte und intensive Kampagnen in jedem Wahlbezirk durchführte.

5.3. Resultate

Die "Wahlbewegung der Nichtnominierung und Nichtwahl missliebiger Kandidaten" ist in der koreanischen Geschichte ein Novum. Insgesamt unerfreulich war jedoch die bis dahin niedrigste Wahlbeteiligung (57,2%) bei Parlamentswahlen, die großenteils auf die politische Gleichgültigkeit der jüngeren Wähler (20-30jährige) zurückzuführen ist. Trotz einiger ungünstiger Begleitumstände - so hatten besagte Parteien (ULD/GNP) und betroffene Kandidaten die Gerichte angerufen und versucht, die Bewegung zu diskreditieren - erzielte die "Wahlbewegung" auf Anhieb positive Resultate. Nach dem amtlichen Wahlergebnis fielen 59 der Kandidaten (68,6%) aus der Liste (86) durch. Eine bemerkenswerte Veränderung stellt der Einstieg neuer Kandidaten (106) dar, so dass 41,8 % (87) der amtierenden Abgeordneten (208) scheiterten. ⁴⁷ Die Umschichtung kann zu einem erheblichen Teil auf die Wahlbewegung zurückgeführt werden und markiert einen neuen Anfang für die Reform der politischen Gesellschaft.

-

⁴⁵ Hankyorehsinmun, 07.02.2000.

⁴⁶ Hankvorehsinmun, 09.02,2000.

⁴⁷ Kyonghyangsinmun, 14.04.2000. Ausführlich hierzu siehe www.ngo.korea.org/result.htm.

Das Wahlergebnis verdeutlicht den Erfolg der Wahlbewegung:

Region	Gescheiterte/Liste	Prozent
Seoul/Umgebung	19/20	95,5
Chungchung/Kwangwon	18/23	78,3
Yongnam	16/35	45,5
Honam	6/8	75
Summe	59/86	68,6 im Durchschnitt

Quelle: Ch'ongsonyondae (Das Wahlbündnis), "Ch'ongsonundong kyolkwa" (Das Ergebnis der Wahlbewegung) 30.05. 2000, (2000.ngokorea.org/result.htm).

Aus dieser Tabelle ergibt sich, dass in Seoul und Umgebung der Regionalismus keine nennenswerte Rolle gespielt hat. Der Einfluss des Regionalismus in der Zentralregion Chungch'ong/Kwangwon, der regionalen Basis der ULD, ist signifikant zurückgegangen. Insgesamt belief sich der Verlust an Mandaten auf 33. Die Provinzen Yongnam und Honam hingegen zeigten sich noch als stark vom Regionalismus geprägt.

Aus der Sicht der *Civil Society* ist die politische Bedeutung dieser Aktivitäten ein Beitrag zur Schaffung einer neuen politischen Kultur, in der die öffentliche Meinung Gehör findet. Prof. Cho Hee- Yon fasst das Ergebnis des Wirkens der Bewegung wie folgt zusammen: "Durch den Erfolg der Nichtwahlbewegung ist deutlich geworden, dass die Politiker die Stimme der Wähler fürchten müssen, ob sie wollen oder nicht. Der größte Erfolg der Bewegung liegt darin, dass sie den Politikern eine Lektion erteilt hat, sie werden nicht mehr politisch überleben, wenn sie sich nicht sauber verhalten."⁴⁸

Während die 'alten Demokratiebewegungen' gegen den Staat gerichtet waren , stand in der 'Wahlbewegung' der Konflikt zwischen *Civil Society* und politischen Institutionen im Mittelpunkt. Diese Demokratisierung der politischen Gesellschaft durch die *Civil Society* ist für die Konsolidierung der Demokratie von besonderer Bedeutung, weil sie einerseits die Überwindung der Grenzen 'delegativer Demokratie' und andererseits die Hinwendung zur partizipatorischen Demokratie bedeutet. Durch die grenzenlose Kommunikation über das Internet waren die gemeinsamen Aktivitäten von fast 1.000 Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen möglich. Es hat sich gezeigt, dass ein neuer Weg für die politische Reform beschritten wurde und eine 'elektronische Demokratie' eingesetzt hat.

6. Die Reaktion der Civil Society auf die Globalisierung

Spätestens seit der Krise des Jahres 1997 wurde sich jeder Koreaner der Realität von der Globalität – zumindest – wirtschaftlicher und politischer Prozesse bewusst. Im Prozess der Globalisierung treffen die globalen Akteure wichtige Entscheidungen für Produktion und Investition, die das ökonomische Leben der Bürger signifikant beeinflussen, jedoch keine Verantwortung für ihr Wohlergehen tragen. Sie bleiben

⁴⁸ Dongailbo, 14.04.2000.

anonym und werden nicht durch demokratische Institutionen wie Wahlsystem, Parlament und Parteien kontrolliert. Die Festigung der Demokratie hängt wesentlich von der Reaktion auf die ökonomische Globalisierung und der demokratischen Kontrolle der ökonomischen Gesellschaft ab. Auf diesem Hintergrund kommt zwei NGO-Veranstaltungen des Jahres 1999 besondere Bedeutung zu.

6.1. Die Taegu Round

Die *Taegu Round*⁴⁹ hat eine Vorgeschichte, nämlich die "Staatsschuldentilgungskampagne" (*kugch'eposangundong*) aus dem Jahr 1907, als Korea sich gezwungen sah, die hohe Schuldenlast in Höhe von 13 Mio. Won an Japan zurückzuzahlen, um dadurch die nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Das Vorhaben dieser landesweiten und klassenübergreifenden Bürgerbewegung scheiterte auf Grund einer Intervention Japans. Die Lektion aus dieser Geschichte besteht nach dem 'Komitee der Taegu Round' darin, dass das Auslandschuldenproblem solange nicht gelöst werden kann, wie die Moral der Kreditgeberstaaten sich nicht verändert, d.h. so lange diese nicht auf die Durchsetzung ihrer Machtpolitik - mit dem wirtschaftlichen Köder - verzichten. ⁵⁰

Im Prozess der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte verwandelt sich das riesige Finanzkapital der Industrieländer in internationales Spekulationskapital - die *Hedge Funds* haben auf dem Weltfinanzmarkt die kaum steuerbare Einflusskraft von 1,5 Billionen US-\$ - und übt Druck auf die Gestaltung von Wechselkurs und Zinssatz aus. 51 Obwohl dies zu Misswirtschaft, hoher Arbeitslosigkeit und gravierenden Einschnitten in das Gesellschaftsgefüge der betroffenen Nationen führt, ist der Handlungsspielraum der Regierungen immer enger geworden und die Schulden der armen Staaten wachsen täglich an. Der IW F, der eigentlich eine gerechte Vermittlerrolle spielen sollte, unterstützt die internationalen Spekulanten dadurch, dass diese ihre eventuellen Verluste und Verbindlichkeiten garantiert zurückerhalten. Daraus ergibt sich, dass der Wirtschaftskrise nur durch die Reform der inneren Struktur und der internationalen Finanzordnung beizukommen ist.

Die Teilnehmer von 34 NGOs aus aller Welt sahen sich in der Pflicht, sich für die Schaffung einer " *Sound International Debts Order*" (SIDO) und einer " *Sound International Capital Order*" (SICO) einzusetzen, die es verschuldeten Nationen ermöglicht, ihre Schulden zurückzuzahlen und die Willkür der Kreditgeberstaaten zu unterbinden. Wichtig ist dabei die internationale Solidarität der NGOs und die demokratische Kontrolle der Marktwirtschaft. Über ein Überwachungssystem sollen die Entwicklung der Auslandsschulden und der Flu ss des Spekulationskapitals verfolgt und Reformprogramme erstellt werden. Zu den geplanten Maßnahmen zählen die Einführung der "*Tobin-Steuer*", die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, die sofortige Auflösung des IWF sowie eine Teilnahmegarantie der NGOs an dem internationalen Abkommen. Darüber hinaus werden internationale Netzwerke in Zusammenarbeit mit den " *Jubilee 2000*" (www.jubilee2000uk.org) und ATTAC (www.Attac.org) ausgebaut.⁵²

⁴⁹ Sämtliche Vorträge und Medienberichte sind in der Homepage <u>www.taeguround.org</u> zu finden.

⁵⁰ Komitee der Taegu Round (22.05.1999).

⁵¹ Kim Yong-Ho (1999), S. 36-46.

⁵² Komitee der Taegu Round (27.05.1999).

Die hervorragende Leistung der *Taegu Round* besteht darin, dass der Standort der koreanischen NGOs in der internationalen Zusammenarbeit für die Reform der internationalen Finanzordnung bestätigt und die Problematik der Auslandsschulden und des Agierens internationaler Spekulanten als besondere Gefahrenquelle der koreanischen Öffentlichkeit bewusst gemacht wurde. Darüber hinaus wurden Fragen aufgeworfen wie die internationale Erklärung tatsächlich durchgesetzt werden und wie die koreanischen NGOs in der sich rasch wandelnden Weltgesellschaft agieren können.

6.2. Die Seouler Konferenz der NGOs 99

An der "Seouler Konferenz der NGOs 1999" beteiligten sich mehr als 8.000 Teilnehmer von 1.410 NGOs aus über 108 Ländern unter dem Slogan " *Inspire, Empower, Act*". ⁵³ Für das NGO-Welttreffen versuchten die Organisatoren mit dem zentralen Thema "Die Rolle der NGOs im 21. Jahrhundert" ein neues Paradigma für eine neue Bürgerbewegung zu schaffen. Die Themen, die in den letzten 10 Jahren zur Debatte standen, ⁵⁴ wurden neu bewertet, eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der einzelnen Staaten gezogen und eine Erklärung für das neue Millenium abgefasst. ⁵⁵

Die Besonderheit der Konferenz von Seoul besteht darin, dass sie die erste weltweite NGO-Versammlung war, die einen umfassenden Themen-Katalog interdisziplinär behandelte. Daraus resultierten der Entwurf gemeinsamer Zukunftsperspektiven, Zusammenschlüsse zu konkreten Maßnahmen des Handelns, Aufforderungen an die UN, an Regierungen und an alle NGOs der Welt.

In den letzten 10 Jahren sind die koreanischen NGOs zwar stark angewachsen, bislang jedoch nicht wesentlich über die Beschäftigung mit eigenen Problemen hinausgekommen. In einem Interview mit der *Bürgerzeitung* stellte der Generalsekretär der Veranstaltung Yoo Jae-Hyon optimistisch fest: "Es wird die Chance geben für die koreanischen NGOs, einen Sprung im Niveau zu machen, nämlich sich über nationale Angelegenheiten hinaus mit globalen Problemen zu befassen." ⁵⁶ Die Weltkonferenz der NGOs bot den koreanischen NGOs Gelegenheit, die Rolle der "Frösche im Brunnen" aufzugeben, ein Gefühl der Internationalität zu gewinnen und den Horizont im Hinblick auf den Weltfrieden, die Achtung der Menschenwürde, sowie den Blick für andere Ethiken und Werte zu erweitern. Darüber hinaus haben die koreanischen NGOs nicht nur den Status Koreas als eines "neuen starken NGO-Staates" gefestigt, sondern auch die innerkoreanische und die internationale Solidarität vertieft. ⁵⁷

Allerdings zeigte diese Veranstaltung auch Grenzen der nationalen und internationalen Zusammenarbeit auf. Die Nichtteilnahme koreanischer Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften, die Nur-Beobachterrolle einige r führender NGOs wie PSPD,

⁵³ Newspeople 390, 22.10.1999.

⁵⁴ In 180 Workshops wurden diskutiert: 1) Frieden und Sicherheit, 2) Umwelt, Menschen und Wohnen, 3) allgemeine Bildung, 4) Ethik und Werte, 6) Menschenachtung und Menschenrechte, 7) Gleichheit der Geschlechter, 8) Jugend und Kinder, 9) Hygiene und Gesundheit, 10) Altersversorgung. In: Simin-ui sinmun, 04.10.1999.

⁵⁵ "The Seoul Millenium Declaration of NGOs: Achieving our Vision for the 21st Century" (1999) members.iWorld.net/kccm.

⁵⁶ Simin-ui simun, 04.10.1999.

⁵⁷ Chuganhanguk, 2.10.99; Joongangilbo, 16.10.1999.

Green Korea und das Auftreten ausländischer Teilnehmer mit humanitären oder – aus koreanischer Sicht – randgesellschaftlichen Problemanliegen warfen die Frage auf, was eigentlich eine NGO sei. Kritiker behaupteten, progressive Organisationen, die sich mit heiklen gesellschaftlichen und politischen Themen auseinandersetzen , seien nicht in ausreichendem Maße vertreten gewesen und die NGOs in ihrer eigentlichen Rolle als Gegengewicht zu Staat und Markt verblasst. ⁵⁸ Die Diskussion sei sehr theoretisch verlaufen, so dass keine praktischen Maßnahmen gegen konkrete Probleme hätte gefasst werden können. Es wurde deutlich, dass der internationalen Solidarität der NGOs auf dem Hintergrund unterschiedlicher Standpunkte noch ein schwieriger und langer Weg bevorsteht, bis konkrete Ergebnisse erzielt werden können.

7. Probleme und Zukunftsperspektive der NGOs

In den letzten 10 Jahren sind die NGOs in Korea durch den innen- und außenpolitischen Wandel, die gestiegenen Bedürfnisse der Bürger und vor allem die Notwendigkeit und Dringlichkeit gesamtgesellschaftlicher Reformen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die NGOs wurden durch die Stärkung ihrer organisatorischen und personellen Basis zu wichtigen Akteuren der Innenpolitik, aber auch auf internationalem Gebiet. Die meisten koreanischen NGOs sind nach der Demokratiebewegung 1987 neu gebildet worden oder durch die Umorientierung herkömmlicher Organisationen entstanden. Das rasche Wachstum birgt Probleme, die noch einer Lösung harren. Diese Entwicklungen, die im Hinblick auf die Konsolidierung der Demokratie stattfinden, werden im Folgenden thesenartig vorgestellt.

Die erste Kritik lautet "Bürgerbewegung ohne [aktive beteiligte] Bürger" bzw. "Auf Meinungsbildner zentrierte Bewegungen" (myongmangga chungsim undong).⁵⁹ Zwar nimmt die Zahl der Mitglieder ständig zu, aber die Zahlungsmoral der Beitragszahler hat sich kaum verändert: Viele wollen die "public goods" genießen, ohne die Kosten zu bezahlen. Die Bürgerbewegungen in Korea sind zwar dynamisch und wirkungsvoll, aber noch unstabil und teilweise populistisch. Die meisten Bewegungen sind noch zu stark auf einmalige Aktionen konzentriert und werden häufig von einer kleinen Gruppe Intellektueller geleitet. Gravierender ist, dass die NGOs selten alternative anbieten und kaum langfri stige Perspektiven entwickelt haben. Um ihre Pläne voranzutreiben und die Staatspolitik zu verändern , arbeiten sie eng mit den Medien zusammen, wobei die weniger zielorientiert denkenden Mitglieder vernachlässigt werden. Die Struktur der NGOs ist noch immer hierarchisch ausgerichtet, und die Entscheidungsprozesse entsprechen nicht immer demokratischen Spielregeln. Die innere Demokratisierung der NGOs bildet eine wichtige Voraussetzung für die aktive Beteiligung der Bürger und die Einfluss nahmemöglichkeiten auf die Gesellschaft. Die NGOs sind dazu aufgefordert, konkrete Probleme der B ürger zu artikulieren, langfristige Pläne zu entwickeln und bürgernahe Bewegungen zu initiieren.

Die Autonomie der NGOs gegenüber Staat und Wirtschaft muss gewahrt bleiben. Die jetzige Regierung hat die partizipatorische Demokratie als Leitlinie und die "Zweite Nationgründung" als Ziel vorgegeben. Weil die regierenden Parteien keine Mehrheit im

⁵⁸ "Nohuiga NGO-rul anunya" (Kennt ihr NGOs?), Hankyoreh 21, 28.10.1999.

⁵⁹ Soh Yong-Ah (1999); *Hankyorehsinmun*, 05.14.2000.

Parlament bilde(te)n und die sie unterstützenden Stimmen auf die kleinen Regionen *ch'olla* und *ch'ungchong* beschränkt sind, sucht(e) sie die NGOs als Reformpartner. Die Vertreter der NGOs sind am "Komitee für die Bewegung der 2. Nationgründung" beteiligt und bieten auch Serviceprogramme für die Behebung der Arbeitslosigkeit an. Das Ministerium für Verwaltung und Autonomie hat in den Jahren 1998 und 1999 15 Mrd. Won für die Unterstützung der Projekte der NGOs bereitgestellt.

Hier taucht das Problem einer möglichen Gefährdung der Autonomie der NGOs auf, also die Frage, ob finanzielle Unterstützung Vereinnahmung und damit Abhängigkeiten geschaffen und die Autonomie unterlaufen wird. Einige NGOs lassen sich unterstützen, andere wie die PSPD lehnen jegliche staatliche Unterstützung ab und beharren auf Selbstfinanzierung. Die Frage der Zusammenarbeit mit dem bzw. der Anpassung an den Staat ist stets ein aktuelles Thema in Korea. Eine mögliche Lösung bestünde in der Schaffung einer neutralen Kommission für die Prüfung und Unterstützung der Projekte der NGOs bei gesetzlicher Verankerung. Vor allem sind die NGOs selbst gefordert, ihre Autonomie und Glaubwürdigkeit zu bewahren.

Kritiker bezeichnen die gegenwärtigen NGOs als "flottenartige Struktur" (sondansik kucho)60 oder als "kaufhausartige Bewegungen" (baekhwachumsik undong). Große und einflussreiche NGOs in Korea wie CCEJ, KFEM oder PSPD widmen sich Themen wie der Umgestaltung der Wirtschaft, politischen Reformen und dem Umweltschutz sowie Fragen der Wiedervereinigung und bieten sich der Bevölkerung als Anlaufstelle an. Die Behandlung eines solchen Themenkomplexes stellt ein koreaspezifisches Phänomen dar, sind doch NGOs in anderen Industriestaaten zu allererst auf ein Thema konzentriert. Der mit der Wahrnehmung vielfältiger Aufgaben verbundene hohe Kostenaufwand lässt diese NGOs bei Regierung und Wirtschaft um Unterstützung werben. Durch schwerpunktmäßige Spezialisierung könnte neben der Kostenersparnis effektiveres Arbeiten gewährleistet werden. Andererseits haben solche Organisationen den Vorteil, viele Einzelprobleme gemeinsam in Betracht ziehen zu können.

Als vorteilhaft gewertet werden dürfte die Tatsache, dass die zuvor sehr zentralistisch ausgerichteten NGOs in Korea dank des Demokratisierungsprozesses und der dadurch wiederbelebten Lokalautonomie im Jahr 1995 einen erheblichen Zuwachs auf lokaler Ebene verzeichnen konnten. Nach Angaben des *Directory der koreanischen NGOs* 2000 sind 53% der NGOs (im Bereich der Menschenrechte, Frauen, Verbraucher, Politik, Verwaltung, Gesetze, nicht thematisch spezifizierten Organisationen) außerhalb Seouls angesiedelt. Auf dem Gebiet der Lokalautonomie befinden sich nur 15%, im Bereich des Umweltschutzes 34,8% in Seoul. Die Entwicklung selbständiger und autonomer NGOs auf lokaler Ebene erscheint notwendig für die Konsolidierung der Demokratie, da allein dort die Probleme adäquat erfasst und gelöst werden können.

Die positiven Erfahrungen funktionierender Kooperation auf Landesebene ermutigten die koreanischen NGOs zu verstärkter Internationalisierung der Netzwerke. " *Think Globally, Act Locally*", ist der Slogan der NGOs im 21. Jahrhundert. Die internationale Zusammenarbeit der koreanischen NGOs begann im Bereich des Umweltschutzes mit

Ober Terminus Sondansik kucho wurde nach der Wirtschaftskrise in kritischer Absicht für die Struktur-Beschreibung der Konglomerate (Chaebol) verwendet. Im Gefüge und den Aktivitäten ähneln sich Chaebol und die großen NGOs.

der Teilnahme am "Globalforum für Umwelt und Entwicklung" in Rio (06.1992), setzte sich fort mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung des ersten " *Asian NGO's Forum for Cities and Sustainable Development*" in Seoul (August 1995) durch *Green Korea*. Auf anderem Gebiet erfolgte die Teilnahme an dem NGO-Forum zum "World Summit for Social Development" (April 1995) in Kopenhagen, und am "NGO-Forum zur 4. UN-Frauenkonferenz" in Peking (1995) sowie am "NGO-Forum zu Habitat II" in Istanbul (June 1996). Die KCCM organisierte das " *Asia Pacific Civil Society Forum*" (apcsf.peacenet.or.kr) im August 1995 in Seoul, an dem 85 Vertreter von Organisationen aus 19 Ländern teilnahmen. Dies führte zur Institutionalisierung der regionalen Zusammenarbeit. Die internationale Solidarität gipfelte im Welttreffen der NGOs im Oktober 1999 in Seoul, an dem sich über 1000 NGOs aus über 100 Ländern beteiligten.

Literatur

1. Monographien

- An Byung-Chun et.al. (1995), Kukga, siminsahoe, chongch'iminchuhwa, (Staat, Civil Society, politische Demokratisierung), Seoul.
- Cho Hee-Yon (1998), Hanguk-ui minchuchui-wa sahoeundong (Die koreanische Demokratie und soziale Bewegungen), Seoul.
- Diamond, Larry/Kim Byong-Kook (ed.) (2000) Consolidating Democracy in South Korea, London.
- Institute for Population and Development Studies of Seoul National University (1993) , *A Study of Way to Active Civic Organizations*, Seoul.
- Kim Kyung-Il (1999), Gongcha-ka chukoya nara-ga sanda (Konfuzius muss sterben, damit das Land lebt), Seoul.
- Kim Kwang-Sik (1999), Siminsahoedanch'e, 21 seikiui huimanginka? (NGOs, sind sie eine Hoffnung für das 21. Jahrhundert?), Seoul.
- Lee Ki-Ho (1997), Hanguk-ui minchuhwa kwachong-kwa sahoeundongnetwork: 1987 1996 (Der koreanische Demokratisierungsprozess und das Bürgerbewegungsnetzwerk 1987 –1996), Diss. Yonsei-Universität.
- Kim Yong-Min, Hanguksimindanche-ui mokchokchunch'i-ye kwanhan yongu (Eine Untersuchung über Täuschungsmanövor bei vorgeblichen Zielen von den Mitgliedern der koreanischen NGOs), MA 2000. Yonsei-Universität.
- MOFE/KDI (1998), DJnomics. Kukmin-kwa hamkke naeil-ul yonda, Seoul.
- -, DJnomics (engl.) Seoul 1999.
- Moon Byung-Chu (1999), Kukga, chongch'isahoe, siminsahoe (Staat, politische Gesellschaft, Civil Society), Seoul.
- Raschke, Joachim (1988), Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt/New York.
- Shin Doh-Chull (1999), Mass Politics and Culture in Democratizing Korea, Cambridge.
- So Yang-Hun (Hrsg., 1996), Hangukmingantanch'e ch'ongram 1997 (Directory der koreanischen NGOs), Seoul: Simin-ui sinmun.
- -, (1999), Hangukminkantanch'e ch'ongram 2000, Seoul: Simin-ui sinmun.

Yoo Pal-Moo/Kim Ho-Ki (Hrsg., 1995), Siminsahoe-wa siminundong, (Civil Society und Bürgerbewegung), Seoul.

2. Aufsätze

- Chang Hoon (1999), "Hanguk-ui chongdanggaehyok" (Die Reform der koreanischen Parteien), prome.snu.ac.kr/~kopoinst/symposium/ .htm.
- Cho Dae-Yob (1999), "90 nyondae siminsahoe-ui uisikpyonhwa-wa siminundong-ui songchang" (Die Wahrnehmungsänderung der *Civil Society* und die Entwicklung der Bürgerbeweung in den 90er Jahren), in: *Hanguk-kwa kukchechongch'i (Korea und die Weltpolitik)* 15.2. S. 119-142.
- Cho, He-In (1997), "The Historical Origin of *Civil Society* in Korea", *Korea Journal* 37.2. S. 24-41.
- Cho Hee-Yon (1999), "Cheo-ui kwonryok simindanch'e-ga gaehyok-ui chungsim-e soda" (Die NGOs stehen als fünfte Macht in der Mitte der Reform), in: *Munwhailbo* (06.01.).
- Cho Hee-Yon (2000), "T'onggye-ro bon hanguk simindanch'e hyonchuso" (Daten und Zahlen zu gegenwärtigen koreanischen NGOs), www.peoplepower21.org/magazine/9912/9912 4.html.
- Choe Sang-Yong (1996), "Kukga-wa siminsahoe (Staat und *Civil Society*)", Ein Vortrag beim Symposium über das Verhältnis von Staat und *Civil Society* , September 96, in Seoul. www.globalsharing.org/pdsmain.htm.
- Chong Jong-Oh (1999), "21 segie siminundong-ui runessangsu-ga onda (Im 21. Jahrhundert kommt die Renaissance der Bürgerbewegung", in: *Newspeople* (15.01.).
- Chong Soo-Bok (1999), "Minchuchu-ui gonggohwa-rul wihan simin-ui ch'amyo (Bürgerteilnahme für die Konsolidierung der Demokratie)", Ein Vortrag auf der Internationalen Konferenz "Democracy, Market Economy and Development", 26-27. Februar 99 in Seoul. www.democracy-market.org/paper/paper.htm.
- Ch'ongsonyondae (Das Wahlbündnis) (30.05.2000), "Ch'ongsonundong kyolkwa" (Das Ergebnis der Wahlbewegung), <u>2000.ngokorea.org/result.htm</u>.
- Croissant, Aurel (1998), "Machtwechsel im Zeichen der Krise. Die 15.
 Präsidentschaftswahl und die Konsol idierung der Demokratie in Südkorea", in: *Asien* 68, S. 36-57.
- Dormels, Rainer (1999), "Regionaler Antagonismus in Südkorea", *Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften*, No. 28.
- Han Sang-Jin (1997), "The Public Sphere and Democracy in Korea: A Debate on *Civil Society*", *Korea Journal* 37.4, S. 78-97.
- -, "Hanguksahoe pyondong-ui yangmyonsong: 89-99" (Die Ambivalenz der Transformation der koreanischen Gesellschaft), in: *Kyegan Sasang*, Herbst 1999, S. 146-172.
- Hanguksiminsahoe hyobuihoe (KCCM) (1999), "hanguksiminsahoe" (*Civil Society* Koreas), members.iworld.net/kccm.
- Kim Dae-Jung (1994), "Is Culture Destiny? The Myth of Asia's Anti-Democratic Values", in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, Nr. 6, S. 189-194.
- Kim Dae-Jung, "Ch'wiimsa" (Amtsantrittsrede), in: Kyonghyangsinmun 26.02.1998.
- Kim Ki-Hyon (2000), "Minchusimin kyoyuk-ui hyonchuso-wa chedogaeson kwache" (Der gegenwärtige Zustand der demokratischen Bürgerbildung und Aufgaben der institutionellen Verbesserung), in: Workshop 5 1: Ch'amyominchuchui-ui songsuk-

- kwa siminsahoe-ui hwalsonghwa (Reifung der partizipatorischen Demokratie und die Belebung der *Civil Society*) (members.iWorld.net/kccm)
- Kim Ki-Hyon (1999), "Gongchanonchaeng-ul bonkyokchokuro sichakhasa" (Lasst uns ernstlich 'die Debatte um Konfuzius' beginnen),
 - www.inmul.co.kr/html/9909/990905.htm; -9910/991909.htm; -9911/991112htm.
- Kim Min-Chun (1999), "Minchuchui gonggonwha-rul wihan kukhoegaehyok" (Die Reform des Parlament für die Konsolidierung der Demokratie), prome.snu.ac.kr/~kopoinst/symposium/ .htm.
- Kim Sunhyok (1998), " *Civil Society* and Democratization in South Korea", *Korea Journal* 38.2, S. 214-236.
- Kim Yong-Ho (1999), "Kumyungchabon-ui segyehwa-wa siminsahoe" (Die Globalisierung der Finanzkapitals und die Reaktion der *Civil Society*), in: *Taegu Round Segyedaehoe Charyochib*.
- Kometee der Taegu Round (22.05.1999) "Background and Purpose of Taegu Round", www.taeguround.org/english/info/info1.htm.
- Kometee der Taegu Round (27.05.1999), "Das Konzept der Taegu Round" (Taegu Round Kusang), www.taeguround.org/info1.html.
- Lee See-Jae (1998), "Saeroun munmyung-kwa hanguk-ui sahoeundong" (Neue Kutur und die soziale Bewegung in Korea), in: *Ch'angchak-kwa bip'yung* 100 (98 Summer). www.changbi.com/magazine/s-100/s-100- .html
- Lee Shin-Haeng (2000), "Hanguk siminsahoeundong-ui dunchang, chongaekwachong, songgyok" (Die Entstehung der koreanischen Bürgerbewegung, ihr Entwicklungsprozess und Charakter), in: Institute for Participatory Society (Hrsg.), Siminsahoe-ui dungchang-kwa siminundong (Die Entstehung der Civil Society und die Bürgerbewegung), www.peoplepower21.org/home.html.
- Park Chung-Chul (1998), "Simin-ui himi sesang-ul pakkunda (Die Macht der Bürger verändert die Welt)", *Chuganhanguk* 1715 (09.04.1998).
- Schmitter, Philippe C. (1997), " *Civil Society* East and West", in: Diamond, Larry/ Plattner, Marc F./Chu, Yun-Han/Tien Hung-Mao (eds.), *Consolidating Third Wave Democracies*, Baltimore, S. 239-262.
- Soh Kyong-Sok (1998), "Hanguksiminundong-ui hyonchuso" (Koreanische Bürgerbewegung in der Gegenwart), in: *Wolganjoogang*, Nr. 39, August.
- Soh Yong-Ah (1999), "Hanguksimandanche-ui wigi-wa huimang" (Die Krise und die Hoffnung der koreanischen NGOs), in: *Sindonga* 220, Mai.
- -, (2000), "Simindanch'e-ui him (Die Macht der NGOs)", *Chugandonga* 219 (27.01.). The Third Sector Institute (01.03.2000), "NGO Kangchwa",

www.ngo.hanyang.ac.kr/frame4.htm.

Yoo Suk-Ch'un/Chang Mi-Hye (1999), "Hanguk-ui piyongli pichongpu yongyok-kwa sahoepalchon" (Die Nonprofit- und Nongovernment-Bereiche und die gesellschaftliche Entwicklung), (hrights.or.kr).

3. Tageszeitungen (12.1997 - 06.2000)

Chosunilbo (www.chosun.com).
Daehanmaeil (www.kdaily.com).
Dongailbo (www.donga.com).
Hankyorehsinmun (www.hani.co.kr).
Joongangilbo (www.joins.com).

Kyunghyangsinmun (www.khan.co.kr).

Maeilkyongchesinmun (www.mk.co.kr).

Munwhailbo (www.munhwa.co.kr).

Simin-ui sinmun (www.kngo.net).

4. Periodika (12.1997 – 06.2000)

Ch'amyosahoe (www.peoplepower21.org/home.html).

Ch'angchak-kwa bipyung (www.changbi.com/magazine/s-home.html).

Chuganchoson (weekly.chosun.com).

Chugandonga (www.donga.com/docs/magazine/weekly_donga).

Chuganhanguk (www.hankooki.com/whan/whan.htm).

Civil Society (www.ccej.or.kr/CIVIL/Csmain.htm).

Hankyoreh 21 (www.hani.co.kr/h21).

Jonton-kwa hyondai (www.jontong.co.kr).

Newsmaker (www.khan.co.kr/newsmaker).

Newspeople (www.kdaily.com/people).

Shindonga (shindonga.donga.com).

The Culture and Thought of East Asia (www.eastasiaculture.or.kr).

Ch'amyosahoe (www.people21.org).

Wolganchosun (monthly.chosun.com).

Wolganjoongang (win.joins.com).

Wolganmal (www.digitalmal.com).

Wolgankyongsillyon (www.ccej.or.kr/MAGAZINE/00 5/magzinemain2.htm).

5. Homepage politisch orientierter NGO-Netzwerke

Ch'amyoyondae (People's Solidarity for Participatory Democracy: PSPD) (www.peoplepower21.org/home.html).

Ch'ongson siminyondae (Das Bürgerbündnis für Wahl) (www.ngokroea.org).

Chongch'igaehyok siminyondae (Das Bürgerbündnis für politische Reform) (www.pwk.or.kr).

Haengchunggaehyok siminyondae (Das Bürgerbündnis für Verwaltungsreform) (user.chollian.net/~ccar97).

Hanguksimindach'e hyobuihoe (Korean Coalition of Citizens' Movement: KCCM) (members.kr.inter.net/kccm).

Hwankyongyonhab (Korea Federation for Environment Movement: KFEM) (www.kfem.or.kr).

Kukchonggamsa siminyondae (Das Bürgerbündnis für das Monitoring des Parlaments) (ngo02.ngokorea.org).

Kyongsillyon (Citizens' Coalition for Economic Justice: CCEJ) (www.ccej.or.kr).

Noksaekyonhab (Green Korea) (www.greenkorea.org).

Panpup'ae kukminyondae (The Anti-Corruption Network in Korea) (<u>www.transparency.or.kr</u>).



Institut für Ostasienwissenschaften Institute for East Asian Studies



Discourses on Political Reform and Democratization in East and Southeast Asia in the Light of New Processes of Regional Community Building

Papers marked * can be called up on the Internet.

No. 9 / 2001*

Th. Heberer

Korruption und Korruptionsdiskurse

1	1
No. 1 / 2000*	C. Derichs, Th. Heberer Politische Reform- und Demokratisierungsdiskurse im Lichte neuer Prozesse regionaler Gemeinschaftsbildung. Discourses on Political Reform and Democratization in East and Southeast Asia in the Light of New Processes of Regional Community-Building.
No. 2 / 2000*	P. Ferdinand Democratization, Good Governance and Good Government in Asia
No. 3 / 2000*	K. Yu Toward an Incremental Democracy and Governance: Chinese Theories and Assessment Criteria
No. 4 / 2000*	C. Derichs Die janusköpfige Islamisierung Malaysias
No. 5 / 2001*	D. Guerrero Regionalisms and Alternative Regionalisms in Asia and the Pacific Basin
No. 6 / 2001*	BK. Kim Die Rolle der Civil Society für die Konsolidierung der Demokratie in Südkorea
No. 7 / 2001*	N. Narang Considerations on Asian Values & Western Democracy. For a better Khmer Society
	K. Neou, J.C. Gallup How to promote Democracy in the ASEAN Region. The Cambodian Example
No. 8 / 2001*	L. Du Vervollkommnung der "sozialistischen Demokratie chinesischer Prägung"

Korruption als globales Phänomen und seine Ausprägungen in Ostasien.